



WAT SINN D'AUSSOE VU DE PARTEIEN ZU DEN ERAUS-FUERDERUNGE VUN ENGER NOHALTEGER ENTWÉCKLUNG?

ENG ANALYSE VUN DE WALPROGRAMMEN AUS DER SIICHT VUM MOUVEMENT ECOLOGIQUE



mouvement
écologique

WAT SITT D'AUSSOE VUN DE PARTEIEN ZU DEN ERAUS-FUERDERUNGE VUN ENGER NOHALTEGER ENTWÉCKLUNG? ENG ANALYSE VUN DE WALPROGRAMMEN AUS DER SIICHT VUM MOUVEMENT ECOLOGIQUE

In den vergangenen Wahlperioden hatte der Mouvement Ecologique jeweils Fragebögen an die politischen Parteien geschickt und diese gebeten anzugeben, welche vom Mouvement Ecologique vorgeschlagene Anregungen / Instrumente sie unterstützen und welche nicht.

Dieses Jahr hat sich der Mouvement Ecologique für einen anderen Weg entschieden. Erstellt wurde eine synthetische Kurzdarstellung der Wahlprogramme in 5 zentralen Bereichen der nachhaltigen Entwicklung.



Die Anregungen des Mouvement Ecologique für die Nationalwahlen 2023 lagen bereits im Februar vor, mit dem Titel „Eng Roadmap fir d'Legislaturperiode 2023 -2028“ (einzusehen auf www.meco.lu). Es ist somit interessant festzustellen, welche Elemente sich in den Wahlprogrammen der Parteien wiederfinden oder eben nicht. Diese Vorschläge des Mouvement Ecologique sind somit die Grundlage der durchgeführten Analyse. Beleuchtet wird ebenfalls, inwiefern Parteien gegenteilige Meinungen in wesentlichen Fragen der nachhaltigen Entwicklung vertreten. Diese Vorgehensweise ergibt nach Ansicht des Mouvement Ecologique ein umfassenderes Bild als vorgefertigte Fragestellungen.

Der Detaillierungsgrad der verschiedenen Parteiprogramme und die Gewichtung, die den unterschiedlichen Themenbereichen beigemessen wird, sind sehr unterschiedlich. Während einzelne Parteien

die Ausrichtung der verschiedenen Maßnahmen grundsätzlich detaillierter darlegen, optieren andere für eher allgemeinere Formulierungen. Diese Unterschiede erschweren verständlicherweise die Analyse und spiegeln sich auch darin wider. Listet eine Partei Instrumente im Detail auf mehreren Seiten auf, können notgedrungen in der Kurzanalyse nur exemplarisch Vorschläge berücksichtigt bzw. kommentiert werden. Werden nur recht allgemeine Aussagen gemacht, ist nicht immer erkennbar, in welchem Sinne diese zu deuten sind.

Der Mouvement Ecologique bemüht sich im Folgenden, die generelle Orientierung der Parteiprogramme bestmöglich aus seiner Perspektive zu skizzieren und die Instrumente hervorzuheben, die den Geist des jeweiligen Programmes exemplarisch widerspiegeln.

Die Analyse wurde nach bestem Wissen und Gewissen und in aller parteipolitischen Neutralität durchgeführt.

Dabei wird sich auf 5 Themenbereiche begrenzt, die im Engagementsbereich des Mouvement Ecologique liegen und auch in der oben erwähnten „Roadmap“ detailliert behandelt wurden: Wirtschaft, Klima- und Energiepolitik, Landesplanung und Mobilität, Naturschutz und Landwirtschaft und Demokratie.

Eine Durchsicht aller Themenbereiche der Parteiprogramme mit einer größeren Tiefenschärfe - hätte den Rahmen und die menschlichen Ressourcen in dem doch begrenzten, verfügbaren Zeitraum gesprengt, so bedauerlich dies auch ist... Die genannten 5 Themenbereiche stehen symbolisch für die Ausrichtung der Programme im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und dürften die allgemeine Einstellung der verschiedenen Parteien zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung widerspiegeln.

Ziel der Analyse ist es, interessierten Bürger:innen eine Hilfestellung zu geben und sie in ihrer Meinungsbildung zu unterstützen. Dies, indem die Analyse – bei aller Kürze – dazu beitragen möchte, unterschiedliche politische Sichtweisen und Lösungswege deutlicher zu machen, um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Transition anzugehen.

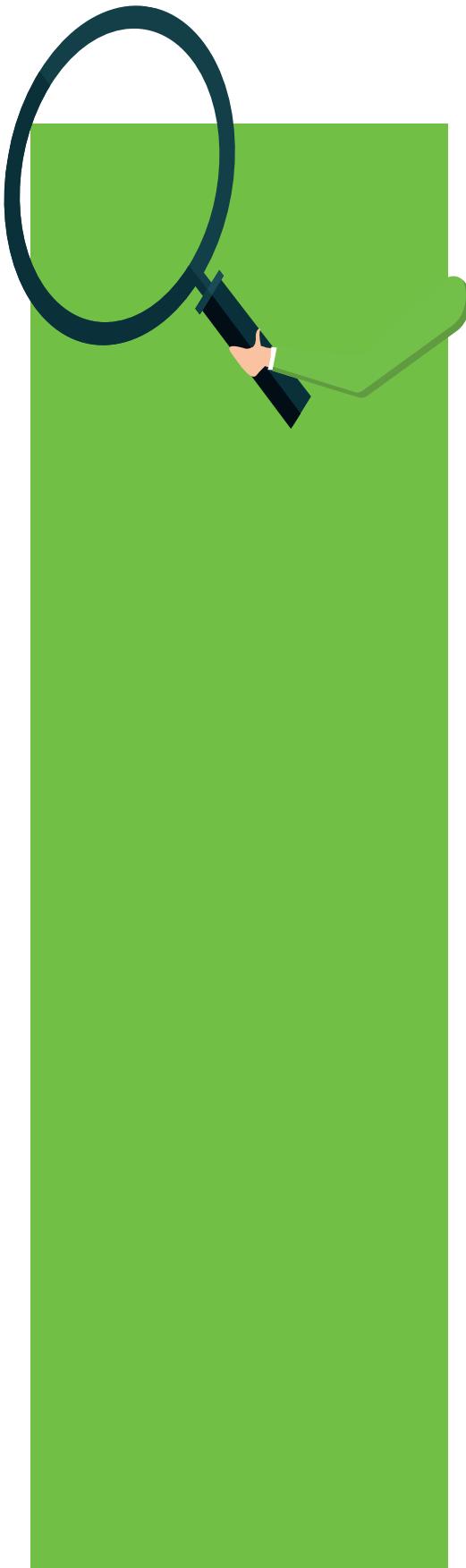
Vorschläge, für die im Allgemeinen ein weitgehend parteiübergreifender Konsens besteht, werden im Folgenden nicht mehr kommentiert bzw. besonders hervorgehoben.

So treten z.B. alle Parteien für die Förderung der Kreislaufwirtschaft, den Ausbau der Solarenergie, die Reform der Grundsteuer, den Ausbau des öffentlichen Transportes, die Förderung der sanften Mobilität, die Förderung neuer Wohnformen u.a.m. ein (wobei es aber Abstufungen in der Detailliertheit und auchindenkonkretenVorschlägen gibt).

Da das vorrangige Ziel der folgenden Analyse eher darauf abzielt, spezifische Forderungen der Parteien darzulegen, werden diese Aspekte – trotz ihrer Bedeutung – in der Analyse nicht besonders hervorgehoben. Der Mouvement Ecologique wird jedoch bei der Erstellung des Koalitionsabkommens die betreffenden Parteien an diese Versprechen erinnern.

Einzelne, derzeit nicht in der Abgeordnetenkammer vertretenen Parteien, wurden – angesichts doch begrenzter Kapazitäten des Mouvement Ecologique – in diese Analyse nicht aufgenommen. Dies, wenn sie entweder nicht in allen Wahlbezirken antreten oder ihr Parteiprogramm erst rechtzeitig veröffentlicht wurde.

GENERELL ASCHÄTZUNG VUN DE VERSCHIDDENE WALPROGRAMMEN



In Programm der LSAP finden sich recht ausführliche Einführungstexte in verschiedenen Themenbereichen, in welchen sich dazu bekannt wird, dass das heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell nicht zukunftsfähig und eine sozialverträgliche Transition notwendig sei. Leider gibt es eine gewisse Diskrepanz zwischen dieser eigentlich, aus Nachhaltigkeitssicht zutreffenden Analyse und dem konkreten Maßnahmenprogramm. So manche Handlungspiste, die im allgemeinen Text angeführt wird, findet sich im detaillierteren Maßnahmenprogramm und den konkreten Umsetzungsvorschlägen wieder. Dies macht die Einschätzung des Programmes recht schwer. Zudem werden Maßnahmen häufig recht oberflächlich und nicht detailliert dargelegt.

Im Klima- und Biodiversitätsbereich finden sich somit fast ausschließlich gängige Aussagen, wie z.B. der Ausbau der erneuerbaren Energien, die dann auch noch häufig einen parteiübergreifenden Konsens darstellen.



Das Programm beinhaltet grundsätzliche begrüßenswerte Ausführungen, die jedoch keinen ausreichenden Widerhall im Maßnahmenkatalog finden, der doch sehr allgemein und recht begrenzt ist.

In ihrem einleitenden Text zum Programm hebt die DP ihre Prioritäten hervor, dabei werden der Schutz der natürlichen Umwelt und des Klimas nicht angeführt. In den entsprechenden Kapiteln ist jedoch das Programm der DP recht detailliert und umfangreich. Es werden sehr konkrete Instrumente und Maßnahmen benannt, die tendenziell positiv zu werten sind und einen reellen Beitrag im Sinne einer Transition leisten können.

Die Gewichtung liegt dabei auf einer Politik der freiwilligen Maßnahmen und Anreize. Dabei braucht es auch die Verantwortung des Staates, mittels entsprechender gesetzlicher und reglementarischer Rahmenbedingungen, um die notwendigen Transformationsprozesse sicherzustellen. Unklar bleibt z.T. die Prioritätensetzung der DP in verschiedenen Bereichen, z.B. auf der Ebene der Mobilitätspolitik oder in der Wachstumsthematik. Man gewinnt den Eindruck, als ob die DP im liberalen Sinne generell dafür eintritt, dass Bürger:innen und Industrie eher frei entscheiden, der Staat und Gemeinden jedoch Anreize geben sollen.

Das Programm der DP weist eine ganze Reihe von zielführenden Maßnahmen auf. Angesichts einer gewissen Orientierung an eher voluntaristischen Elementen ist die Prioritätensetzung jedoch nicht unbedingt erkennbar.





Im Programm von „Déi Gréng“ wird die Thematik der nachhaltigen Entwicklung und der ökologischen Transition in den verschiedenen Themenbereich sehr umfassend und detailliert mit konkreten Maßnahmen dargelegt. In den jeweiligen Einführungstexten des Parteiprogramms wird deutlich angeführt, wie groß der Handlungsbedarf ist und es wird sich dazu bekannt, dass Klima- und Biodiversitätsschutz die Referenz für das politische Handeln sein müssen. Dabei spricht die Partei ebenfalls Themen an, die sich in anderen Programmen weniger oder nicht wiederfinden, wie z.B. die Bedeutung einer transversalen Energie- und Klimaschutzpolitik, die Gründung einer nationalen Wärmegeellschaft, die Notwendigkeit einer Analyse umweltschädlicher Subventionen.

Déi Gréng treten für eine Mischung aus verbindlichen Rahmenbedingungen sowie Anreizen u.a. Subventionen ein, wobei finanziell schwache Haushalte besonders unterstützt werden sollen. Die Bedeutung der CO2-Steuer wird dargelegt, es wird sich jedoch mit einer aus wissenschaftlicher Sicht bescheidenen Progression begnügt. Bedauerlicherweise spricht die Partei aber die zentrale Frage des Wachstumszwangs nicht direkt an. Wenn man weiß, dass diese Frage von grundsätzlicher Bedeutung auch für den Weltbiodiversitäts- sowie den Weltklimarat ist, stellt dies doch ein wesentliches Manko dar. Vermittelt wird vielmehr, eine gute Organisation des Wachstums würde die Probleme lösen, wobei aber immerhin konkrete diesbezügliche Vorschläge unterbreitet werden.



Das Programm enthält sehr konkrete und detaillierte Anregungen in den verschiedenen Sektoren; die Tatsache, dass die Wachstumsfrage nicht direkt aufgegriffen wird, stellt jedoch ein deutliches Manko dar.

Im Programm der CSV findet man einige, in der Mehrzahl sehr allgemeine Bekenntnisse zur Bedeutung des Klima- und Biodiversitätsschutzes. Was die Umsetzung anbelangt, bleibt das Programm überwiegend (ebenfalls) äußerst allgemein. Die konstruktiven Elemente sind an sich eher unerentwickelt, dahingegen werden Aspekte, die aus Sicht der CSV derzeit hemmend für die Entwicklung des Landes sind, häufig detaillierter behandelt. Es geht die Rede von einem „pragmatischen Klimaschutz“, einem „pragmatischen Naturschutz“, einer „Klimapolitik ohne Brecheisen“ u.a.m.

Mehrfach wird im Programm die Vorrangstellung der ökonomischen Entwicklung gegenüber dem Klima- und Biodiversitätsschutz angeführt. Es wird explizit darauf verwiesen, Wachstum sei Voraussetzung dafür, dass ausreichend Gelder für die Transition zur Verfügung stehen können. Die CSV setzt dabei vor allem auf eine Politik der Anreize (u.a. Subventionen, steuerliche Instrumente) und freiwillige Maßnahmen der Akteure im Klima- und Biodiversitätsbereich. Die allgemeine Förderung des Wasserstoffs (nicht nur des „grünen“), der erhebliche Bau weiterer Straßen, die Reduktion der Kompetenzen des Umweltministeriums u.a.m. sind zudem höchst problematisch aus Sicht einer konsequenten Politik der nachhaltigen Entwicklung.

Aus Nachhaltigkeitssicht ist das Wahlprogramm der CSV äußerst ernüchternd und in Teilen recht problematisch. Konstruktive Vorschläge zur konkreten Umsetzung einer nachhaltigen Politik sind eher unerentwickelt.



Déi Lénk betonen mehrfach die Bedeutung der ökologischen Transition und räumen der Thematik in ihrem Programm recht viel Raum ein. Die Anerkennung ökologischer Grenzen wird hervorgehoben. Dabei wird im Besonderen die Verbindung zwischen Ökologie und Sozialem hergestellt.

Déi Lénk unterbreiten eine ganze Reihe von Vorschlägen, im Besonderen auch struktureller Natur, die vielfach auch sehr ausführlich dargelegt werden. Die Bedeutung des Staates zur Notwendigkeit einer Regulierung von u.a. wirtschaftlichen Aktivitäten wird explizit mehrfach hervorgehoben. Déi Lénk treten für einen Mix an Instrumenten ein, mit Regeln, Anreizen und Subventionen. Eine Analyse betreffend umweltschädliche Subventionen soll realisiert werden. Die Sozialgerechtigkeit ökologischer Maßnahmen wird betont. Die von der Partei genannten Instrumente sind durchaus von Bedeutung für die erforderliche Transition.

Die Wachstumsfrage wird dabei nicht explizit thematisiert.

Déi Lénk haben konkrete und schlüssige Vorstellungen im Hinblick auf eine nachhaltige gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation, auch wenn Aspekte wie jene der Wachstumsfrage nicht thematisiert werden.



Die ADR sieht sich selbst wohl als Partei, die dadurch, dass sie die Wachstumsfrage thematisiert, eine ökologische Ausrichtung habe. Dies ist leider nicht der Fall. Die Art und Weise, wie die ADR die Wachstumsfrage thematisiert, ist stark geprägt von nationalistisch-identitären Aussagen, die der Mouvement Ecologique ablehnt. Außerdem befinden sich auch in diesem Bereich Widersprüche im Programm. So wird sich z.B. in verschiedenen Bereichen durchaus ein ökonomisches Wachstum befürwortet. Darüber hinaus ist schwer erkennbar, mit welchen Konzepten die ADR die Wachstumsfrage lösen will.

Die ADR stellt sich zudem, wie keine andere der analysierten Parteien, gegen wichtige Instrumente aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung. Dies sowohl im Bereich der Klima- und Energiepolitik, des Naturschutzes und der Mobilität, der Landesplanung u.a.m. Wer für die generelle Beibehaltung der Atomkraft, der fossilen Energien, des Verbrennungsmotors, erhebliche Straßenbauprojekte u.s.w. eintritt und den Biodiversitätsschutz infrage stellt, misst der ökologischen Transition kaum eine Priorität bei. Wobei die Partei in ihrem Programm zudem Zweifel an der Tatsache sät, der Klimawandel wäre primär menschengemacht. Die Liste der nach Ansicht des Mouvement Ecologique kontraproduktiven Maßnahmen ist sehr lang, die konkreten Anregungen (im positiven Sinne) halten sich in Grenzen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die ADR öfters generell angibt, für den Natur- und Umweltschutz oder den Klimaschutz einzutreten. Die ADR setzt auch fast ausschließlich auf Maßnahmen - Regularien werden scheinbar kaum akzeptiert.

Ein Programm, bei welchem äußerst viele Aussagen diametral im Widerspruch zu nationalen und internationalen Zielen der nachhaltigen Entwicklung stehen und in welchem die konstruktiven Elemente in diesen Bereichen im Verhältnis sehr begrenzt sind.

Eine generelle Bewertung des Programmes der Piraten aus Nachhaltigkeitssicht ist recht schwer durchzuführen, da die Aussagen im Programm recht allgemeiner Natur sind und auch (mit wenigen Ausnahmen) parteiübergreifend akzeptierte Maßnahmen enthalten. Der Detaillierungsgrad ist eher begrenzt.

Einzelne Themenbereiche, vor allem das Kapitel Biodiversität, werden nur höchst oberflächlich angegangen und zeugen leider nicht von Sachkenntnis. Zudem finden sich im Programm doch zahlreiche problematische Aussagen, die im Widerspruch zu der nachhaltigen Entwicklung stehen, u.a. der Ausbau des Straßennetzes, gewisse Aussagen im Naturschutzbereich u.a.m. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass es im Kapitel „Umwelt, Klima & Naturschützen!“ ein generelles Bekenntnis zur Bedeutung der Thematik gibt. Die „Piraten“ scheinen darüber hinaus auch die ökologischen Grenzen weniger zu thematisieren und einen entsprechenden politischen Rahmen, sondern eher auf „Bürgersinn“ zu setzen.

Das Programm von Fokus ist aus Nachhaltigkeitssicht unterentwickelt. Es fehlt an wirklich konkreten Vorschlägen, wie eine notwendige Transition gelingen kann. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Fokus explizit anführt, ihr Leitbegriff „Gerechtigkeit“ bedeutet auch „Gerechtekeit heischt Nohaltegekeet“. Fokus thematisiert die Wachstumsfrage in dem Sinne, dass Aktivitäten verstärkt in der Grenzregion stattfinden sollen. Wobei ein wichtiger Unterschied in diesem Zusammenhang besteht: Fokus plädiert nicht nur für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit oder die Schaffung grenzüberschreitender Aktivitätszonen. Angeregt wird vielmehr, dass auch ausschließlich auf dem Territorium der Nachbarländer gemeinsame Zonen ausgewiesen werden sollen. Damit soll wohl die Frage des begrenzten Territoriums gelöst werden, wobei wohl neue Abhängigkeiten geschaffen und auch die grundsätzliche Frage der Abhängigkeit vom Wachstumszwang (u.a. der Sozialsysteme) nicht angegangen werden.

Eine konkrete Umsetzung Nachhaltigkeits-Paradigma findet in den verschiedenen Themenbereichen des Parteidprogrammes nicht statt. Im Gegenteil: So optiert „Fokus“ z.B., stellvertretend für andere Beispiele, u.a. für die Atomkraft und möchte an fossilen Brennstoffen festhalten.

Insgesamt ein Programm, das den ökologischen Herausforderungen nicht gerecht wird und auch zahlreiche problematische Aussagen aus Nachhaltigkeitsicht beinhaltet.





WIRTSCHAFT

GEËTT ENG TRANSITION VUM

WIRTSCHAFTSMODELL AN D'WEE GELEET?

Vorbemerkung: In diversen Bereichen gibt es einen parteiübergreifenden Konsens, auch wenn der Detaillierungsgrad der Umsetzung je nach Partei sehr unterschiedlich ist. Dies z.B. betreffend die Förderung der Kreislaufwirtschaft bzw. des Mittelstandes, die Förderung von Betrieben im ökologischen Bereich, die Profilierung des Wirtschaftsstandortes im Umweltbereich, die Zusammenarbeit mit der Grenzregion u.a.m. Dass alle Parteien einen gewissen Bürokratieabbau fordern liegt auf der Hand.

LSAP

Die LSAP thematisiert die Grundfrage, inwiefern unser heutiges Modell zukunftsfähig ist. Zitat: « *notre modèle économique actuel, au niveau local comme planétaire, n'est pas durable et il est donc nécessaire de repenser notre façon de faire* » oder aber « *Le LSAP reconnaît l'urgence de repenser le modèle économique luxembourgeois pour le rendre durable et respectueux de l'environnement.* »

Dabei spricht sie sich aber mehrfach für das Wirtschaftswachstum aus. So richtig ist nicht erkennbar, wie sie den angegebenen Ansprüchen gerecht werden will. Im allgemeinen Teil befinden sich Aussagen wie jene, es soll massiv in Infrastruktur im Sinne der Transition investiert werden. Im Kapitel mit den Maßnahmen werden derartige Aussagen aber nur begrenzt konkret unterlegt. Auch im Kapitel „*accélérer les transitions*“ finden sich zwar wichtige Instrumente (z.B. Verankerung von Nachhaltigkeitskriterien bei der öffentlichen

Beschaffung), die genannten dürften jedoch nicht ausreichen, um den Transitionsprozess sicherzustellen.

Es wird in diesem Zusammenhang auf die Pisten der „ECO2050“ von „Luxembourg Stratégie“ verwiesen, die in Zukunft konkretisiert werden sollen.

Die LSAP hat zudem zum Ziel die Luxemburger Wirtschaft mit konkreten Instrumenten zu einem Leader in der „économie décarbonée“ fortzuentwickeln und die heutigen Investitionsprogramme zu überarbeiten. Ebenso soll die Zusammenarbeit mit der Großregion im Sinne eines „co-développement économique“ vertieft werden.

Das „PIB du bien-être“ soll valorisiert werden. Ökologische Kriterien sollen in die „appels d'offre“ des Staates integriert werden. Die Sozial- und Solidarwirtschaft sollen ausgebaut werden, der entsprechende Abschnitt ist aber recht allgemein gehalten. Die Frage der Finanzierung des Pensionssystems wird aufgeworfen, aber nicht im Zusammenhang mit der Wachstumsfrage.

Im „grundsätzlichen Teil“ des Programmes wird die Bedeutung einer Transition ein-dringlich dargelegt und Handlungspisten thematisiert. In dem konkreten Maßnahmenkatalog spiegelt sich dieses Prinzip aber nicht in dem Ausmaß wider, dieser ist doch sehr allgemein gehalten und recht begrenzt.



Die DP plädiert für ein „klimaneutrales Wirtschaftswachstum“. Dies u.a. zur Sicherung des Wohlstandes und des Sozialstaates. Dabei setzt sie auf die Entkopplung von Wachstum und CO₂-Emissionen sowie Ressourcenverbrauch. Zum erreichen der energetischen Transition wird vor allem auf staatliche Förderprogramme und Hilfestellung gesetzt.

Die DP will Unternehmen und Investitionen in diesem Bereich stärker unterstützen. Dies u.a. mittels finanziellen Anreizen, steuerlichen Entlastungen für eine ökologische und energieeffiziente Produktionsweise und Produkte. Eine Dekarbonisierung der Wirtschaft und die Innovation in Industrie und Handwerk sollen derart vorangetrieben werden. Es sollen zudem vor allem auch kleinere und mittlere Un-

ternehmen unterstützt werden (mit finanziellen Anreizen sowie einer konkreten Hilfestellung). Der Klimapakt für Betriebe wird dabei spezifisch hervorgehoben. In einem Abschnitt wird sich ebenfalls für die Sozial- und Solidarwirtschaft eingesetzt. Wie alle anderen Parteien auch soll gemäß DP die wirtschaftliche Transition mittels Kreislaufwirtschaft und Innovation erfolgen.

Die DP tritt für Transfers in der Großregion ein, d.h. dass Luxemburg sich an der Finanzierung grenzüberschreitender Projekte finanziell beteiligen soll. Klare Kriterien für das Anwerben von neuen Industrieaktivitäten sollen erstellt werden.



Die DP versucht Wachstum und Ökologie unter einen Hut zu bringen und vermittelt, dass eine Vielfalt voluntaristischer Instrumente, Anreize, Innovation und Beratung zielführend sind, um eine Ökologisierung der Wirtschaft zu erreichen. Verstärkte Regularien, die nach Ansicht des Mouvement Ecologique jedoch notwendig sind, werden nur begrenzt angeführt.

Ein Schwerpunkt des Programmes stellt der Vorschlag eines Luxemburgischen „Green New Deal“ dar. Bestandteil wäre ein massives Investitionsprogramm in allen Politikbereichen zugunsten nachhaltiger Produktionsweisen - ihm solle eine absolute Priorität in der mehrjährigen Haushaltspannung des Staates eingeräumt werden. Das veraltete Investitionsbeihilfegesetz für Unternehmen im Bereich Umweltschutz und Nachhaltigkeit soll reformiert und attraktiver gestaltet werden. Der Klimapakt für Betriebe soll eine besondere Rolle übernehmen. Besonders Gewicht legen die Grünen dabei auf die Förderung der Gemeinwohlökonomie, bei welchem sie eine Reihe von konkreten Instrumenten darlegen. Der „PIB du bien-être“ soll zudem aufgewertet und eine Roadmap für die Dekarbonisierung der Industrie aufgestellt werden u.a.m.

Déi Gréng thematisieren die Frage des Wachstums bzw. die Abhängigkeit z.B. des Sozialsystems vom steten Wachstum nicht. In den sektoriellen Kapiteln u.a. der Landesplanung, Mobilität und Energie machen sie sich vor allem auf eine gute Organisation des Wachstums und dessen Folgewirkungen stark.

Déi Gréng wollen umweltschädliche Produkte stärker besteuern, da sich daraus eine Lenkungsfunktion ergibt. Ebenso treten sie ein für die Anwendung des Verursacherprinzips im Sinne der Besteuerung des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen sowie für das „Green budgeting“ (Analyse der Auswirkungen der Haushaltspolitik auf das Klima und die Umwelt).



Das Programm enthält ausführliche Elemente im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Déi Gréng hinterfragen die Wachstumslogik als solche nicht. Sie formulieren Maßnahmen, welche eine Transition trotz Wachstum ermöglichen sollen.

In einem gewissen Widerspruch zu den vorherigen Nationalwahlen vertritt die CSV eine klare Wachstumspolitik. Zentrale Passagen sind: „*Deshalb fordern wir ein nachhaltiges und inklusives Wachstum.*“, was jeweils darunter zu verstehen ist, wird jedoch nicht angeführt. Es finden sich zudem Zitate wie folgendes: „*Die CSV will ein Wachstum, das Vollbeschäftigung, sozialen Zusammenhalt und sozialen Frieden schafft*“, wobei leider die ökologische Dimension nicht mit angeführt wird. Gemäß CSV benötigt der ökologische Wandel als Finanzierungsgrundlage ökonomisches Wachstum.

Die Transition im wirtschaftlichen Bereich, so das CSV-Programm, sei in erster Linie durch u.a. weniger Bürokratie bzw. Subventionen und (steuerliche) Anreize zu erreichen.

Angeführt wird des Weiteren, dass im Rahmen der Standortpolitik verstärkt ökologische Aspekte berücksichtigt werden müssen. Details was

darunter zu verstehen ist bzw. wie das zu erfolgen hat, werden nicht angegeben. Gefordert wird dabei eine detaillierte Analyse der mittel- und langfristigen Tragfähigkeit des Rentensystems, damit dieses langfristig abgesichert werden kann. Dabei geht die CSV nicht ins Detail, wie dies aussehen könnte.

In Steuerfragen steht die CSV für weniger Steuern und mehr Kaufkraft. Die ökologische Transition des Industriestandortes soll vor allem durch eine „*superdéduction fiscale*“ für entsprechende Investitionen von Betrieben erfolgen.



Das Programm der CSV im Bereich Wirtschaft ist, was die ökologische Dimension betrifft, eher summarisch und wenig konkret. Gesetzt wird vor allem auf Steuererleichterungen und auf ein nicht näher definiertes nachhaltiges und inklusives Wachstum. Ob dies eine reelle Transition im wirtschaftlichen Bereich anstößt, ist fraglich.

déi Lénk

Für déi Lénk gehören Dienstleistungen wie Wasser, Elektrizität, Post, Gesundheit in die öffentliche Hand. Sie treten für eine wirtschaftliche Diversifikation in all den Bereichen ein, die mit der ökologischen Transition verbunden sind, ökonomische Investitionen sollen auf ihre Pertinenz - auch im ökologischen Bereich - evaluiert werden. Dabei betonen sie: „*Mir können déi sozial an ökologesch Krise-situatioun net iwwerwannen, ouni déi kapitalistesch Logik a Fro ze stellen. De Schutz vun de natierleche Ressourcen an dem natierleche Gläichgewiicht muss déi éischt Suerg si bei all mënschlecher Aktivitéit an den Dogma vun der Rentabilitéit an dem Wuesstem zu all Präis ersetzen.*“

Déi Lénk setzen u.a. auch auf die Nutzung der Ressourcen vor Ort und die geografische Lage des Landes bzw. die Zusammenarbeit mit der Großregion. Zudem engagieren sie sich für den Ausbau der Solidarwirtschaft

sowie eine stärkere Einbindung der Gemeinden als ökonomische Akteure.

Fragestellungen wie jene, wie das Sozialsystem in Zukunft finanziert werden soll, werden nicht thematisiert.

Déi Lénk stellen sich gegen gewisse Umweltsteuern: „*Mir wieren eis géint regressiv Ökotaxen, sou wéi déi aktuell CO₂-Steier, déi Stéit mat niddregem oder mëttlerem Akommes iwwerproportional treffen. Mir si fir progressiv Steiermodeller op de CO₂-Emissiounen, zum Beispill iwwert eng Präisstaffelung bei der Energie a beim Waasser. Mir éännerstézzen och indirekt Steieren ob Produkter oder Ser-vicer déi besonnesch schiedlech sinn.*“

Das „green budgeting“ wird nicht thematisiert.



Das Programm im Bereich Wirtschaft enthält Aussagen grundsätzlicher Natur und unterbreitet einige konkretere Vorschläge, ohne aber allzusehr ins Detail zu gehen.

Die Frage des wirtschaftlichen Wachstums ist ein Aushängeschild der ADR und prägt die verschiedensten Themenbereiche des Wahlprogrammes. Die negativen Konsequenzen auf die Mobilität, den Wohnungsbau oder auch die Biodiversität werden ausführlich dargelegt. Dabei thematisiert die ADR ebenfalls die problematische Abhängigkeit der Finanzierung der Pensionen vom steten Wachstum. Die Partei tritt dafür ein, dass „Den ekonomesche Wuesstem soll zum engen net forcéiert ginn an zum anere musse mir den ekonomesche Wuesstem von dem deemographesche lasskoppelen“. Formulierungen wie „datt Lëtzebuerger net méi an hirem Land wunne können“ oder aber Aussagen wie jene, dass im Falle einer Bevölkerung von einer Million nur noch knapp ein Drittel der

Bevölkerung Luxemburger Nationalität seien, sind höchst problematisch. Kommt hinzu, dass der ADR sich in Widersprüchen verliert. So ist z.B. folgendes Zitat zu lesen: „...mir als ADR wëllen e verantwortungsvolle Wuesstem, deen an éischter Linn deene Leit zegutt kënnt, déi haut zu Lëtzebuerg wunnen oder schaffen, an deenen, déi muer hei op d'Welt kommen.“ und weiter „Den ekonomesche Wuesstem soll zu engem net forcéiert ginn an zum anere musse mir den ekonomesche Wuesstem von deem demografeschen lasskoppelen“. Zudem fordert die ADR, dass neue Betriebe, die sich in Luxemburg ansiedeln wollen, im Vorfeld eine Impaktstudie aus ökologischer Sicht durchlaufen müssen. Was den Tanktourismus anbelangt, soll dieser beibehalten werden.

↗

Dem Programm des ADR fehlt es an Kohärenz in dieser Frage und auch an konkret(er)en Lösungsansätzen, um die Abhängigkeit vom steten Wachstum abzubauen. Die Darstellung der Wachstumsthematik verbunden mit nationalistisch-identitären Tönen ist nicht vertretbar.



Das Programm der Piraten wird in diesem Bereich geprägt von grundsätzlicheren Aussagen, wie z.B. der These, es gälte einen ganzheitlichen Blick auf das Wachstum zu richten und eine stärkere Nutzung und Kommunikation des „PIB du bien-être“ in die Wege zu leiten. Eine gemeinsame Vorgehensweise mit der Großregion (oder interkommunal) sollte bei größeren Projekten in die Wege geleitet werden.

Die Piraten treten ebenfalls dafür ein, dass Luxemburg zum Standort für „Climatech“, im Besonderen im Handwerk, werden solle sowie bestimmte umweltbelastende wirtschaftliche Aktivitäten nicht mehr erlaubt werden sollen (Beispiele Joghurtsfabrik, Google sowie Tanktourismus werden angeführt). Ebenso findet man betref-

fend die Neuansiedlung von Betrieben Aussagen wie „Et muss dann d'Rechnung gemaach ginn, ob sech Investitiounen am Verglach mat der Aktivitéit an dem Wirtschaftswuesstem lounen“ sowie „D'Nodeeler vum Wuesstem, wéi de Verkéier oder de Wunnengsbau, müssen duerch de Staat kompenséiert ginn.“ Wie letzterer Punkt zeigt, ist z.T. schwer ersichtlich, was wirklich gemeint ist.

Die Frage der nachhaltigen Steuerreform oder des „green budgeting“ wird nicht thematisiert. Betreffend die Finanzierung des Sozialsystems ist Folgendes zu lesen: „De Wuesstem, dee politesch gewollt ass, ass virun allem quantitativ: méi Wirtschaft, méi Aarbeitsplazan an um Enn méi Steierrecette fir eise Sozialsystem um Lafen ze halen.“

↗

Auch wenn eine Reihe von Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind, werden grundsätzliche(re) Fragen in Zusammenhang mit der Wachstumsdiskussion nur begrenzt angesprochen bzw. wird die Wachstumslogik kaum hinterfragt. Auch ist der Detaillierungsgrad recht gering.

Fokus führt an „Een Entwicklungsmodell, bei deem d'Zuel vun de Frontalieren sech a Richtung vun enger halwer Milliouen géif entwickelen, ass weder praktikabel nach nohalteg.“

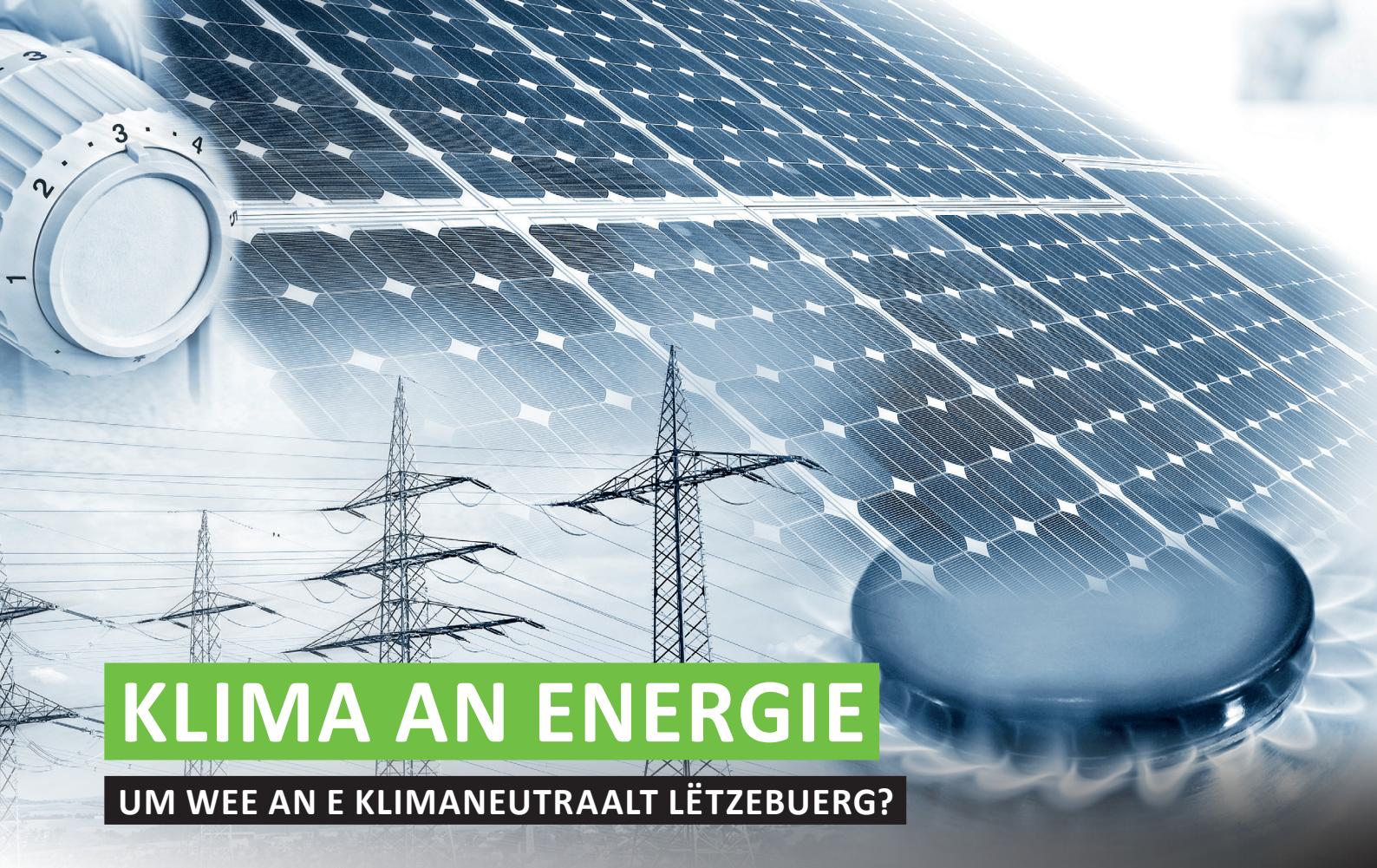
Besonders hervorgehoben wird die Bedeutung der Entwicklung der ökonomischen Aktivitäten in der Großregion; die Kernthese von Fokus ist, Luxemburg brauche ein „anderes territoriales Wachstumsmodell“. Es sollen gemeinsam mit Nachbarländern entwickelte und verwaltete Aktivitätszonen entstehen. Dabei könnte das Territorium auch vollständig auf den Gebieten der Nachbarländer liegen, so die These von Fokus, damit negative Aspekte des Wachstums bei uns abge-

federt würden. Dies würde auch das Statut der Großregion aufwerten. „Für Luxemburg als Mitverwalter der Zonen wird ein Teil der Einnahmen ausgewiesen“, so das Wahlprogramm.

Dabei plädiert Fokus recht allgemein dafür, die Wirtschaft solle im Einklang mit der Natur und all ihrer Vielfalt gelingen, aber nicht jede Wühlmaus, jeder „Rotmilan oder Dachs dürfe individuell über der Entwicklung der Infrastruktur stehen“. Insofern ist eigentlich nicht wirklich nachvollziehbar, was die eigentlichen Prioritäten von Fokus sind bzw. wie die ökologische Transition der Wirtschaft konkret erfolgen soll.

↗

Das Programm von Fokus ist stark auf die Großregion ausgerichtet, bietet aber keine konkrete Analyse bzw. Anregungen zur Transition der Luxemburger Wirtschaft. Die Vorschläge sind äußerst begrenzt bzw. kaum ausformuliert.



KLIMA AN ENERGIE

UM WEE AN E KLIMANEUTRAALT LËTZEBUERG?

Vorbemerkung: Verschiedene Standpunkte werden von allen Parteien geteilt, wie z.B. die Notwendigkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien und vor allem der Solarenergie. Die Programme der Parteien unterscheiden sich jedoch im Konkretheitsgrad. Besonders wichtig sind zudem die Prioritätensetzungen: will man die Krise eher „pragmatisch“ angehen oder staatlicherseits auch verstärkt Rahmenbedingungen setzen? Welches soll in den nächsten Jahrzehnten die Rolle von fossilen Energien und Atomkraft sein?

LSAP

Die LSAP betont, dass das heutige Wirtschaftsmodell derzeit nicht nachhaltig sei, deshalb müsse man z.B. auch die wirtschaftliche Transition mit Nachdruck unterstützen. Das Kapitel Energiewende und Klimaschutz umfasst zwar eine Reihe von Vorschlägen, diese sind aber nicht sonderlich ausführlich und konkret.

Es wird sich für verstärkte Investitionen im Bereich der Energietransition, für den Ausbau der erneuerbaren Energien, den Ausbau des Klimapaktes für Betriebe, eine Förderung der Energieeffizienz, den Ausbau des grünen Wasserstoffs und die E-Mobilität eingesetzt.

Die LSAP spricht sich dabei gegen Atomkraft aus und für einen Stopp der Nutzung fossiler Energien.

Die LSAP bekennt sich zudem zur CO₂-Steuer, ohne aber einen Betrag zu nennen. Dabei soll aber die soziale Redistribuition sichergestellt werden. Generell tritt die LSAP für die Berücksichtigung sozialer Aspekte ein.

Das Programm der LSAP beinhaltet eine Reihe konstruktiver Vorschläge. Eine umfassendere Strategie mit entsprechenden detaillierten Maßnahmen wird jedoch nicht dargelegt

Die Energietransition soll primär durch finanzielle und steuerliche Anreize gelingen: staatlicherseits soll massiv in erneuerbare Energien und in die Energieeffizienz investiert werden, eine Bilanz des Klimabonus-Programms erstellt und ggf Korrekturen durchgeführt werden, ein Bürgerfonds soll geschaffen werden (dieser soll eine Mindestrendite für Personen sicherstellen, die sich am Fonds beteiligen), Klimainvestitionen sollen vom Staat vorfinanziert, Projekte im Bereich der erneuerbaren sollen steuerlich abgeschrieben werden können u.a.m.

Eine Solarpflicht für neue Wohngebäude und neue Gewerbehallen soll eingeführt werden. Dabei sollen finanziell schwächere Haushalte durch eine staatliche Vorfinanzierung unterstützt werden.

werden.

Daneben soll aber auch die energetische Sanierung vorangetrieben werden. Betont wird ebenfalls die Vorbildfunktion des Staates, die Notwendigkeit des Ausbaus von Fernwärmenetzen und somit kollektiven Lösungen und die Notwendigkeit der Anpassung an den Klimawandel u.a.m.

Atomkraft wird als nachhaltige Energieform abgelehnt. Aussagen zur Technologieneutralität erwecken den Anschein, als ob die Frage nach der effizientesten Lösung zwischen Elektrifizierung, Wasserstoff und E-Fuels wissenschaftlich / technisch nicht eindeutig geklärt sei.

Demnach: ein breit gefächertes Programm mit sinnvollen Maßnahmen. Dabei stehen aber voluntaristische Maßnahmen im Fokus, staatliche Regularien sollen nur begrenzt erfolgen. Ob dies ausreichen wird, um die Klimaziele in der wenigen Zeit, die noch bleibt zu erreichen, ist unklar.



Déi Gréng haben ein umfangreiches konkretes Programm in diesem Themenbereich: konsequenter und schnellere Umsetzung des Klimaschutzgesetzes, Prioritätssetzung des Staates auf den nationalen Klima- und Energieplan, Verbesserung der Klimakoordination auf Regierungsebene sowie Nennung eines hohen zuständigen Beamten in allen Ministerien für die Klimafrage, Erstellung einer Klimaneutralitätsstrategie für den Staat, Schaffung eines Green Valley für Green-Tech-Unternehmen, Notwendigkeit der Anpassung an unvermeidbare Klimafolgen, Gründung einer Wärmegesellschaft und nationalen Stromspeicheragentur, Ausbau der erneuerbaren Energien, detaillierte

Vorschläge für die Gebäudesanierung, Panoplie an Maßnahmen zum Angehen der Energiearmut u.a.m.

Die Grünen bekennen sich zur CO₂-Steuer, sprechen sich aber bis dato nicht für einen Betrag aus, der den wissenschaftlichen Anforderungen gerecht wird (andere Parteien nennen keinen Betrag). Die soziale Redistribution wird als essentiel dargelegt. Sie unterbreiten generell eine Reihe von Anregungen, um finanzschwächere Haushalte zu unterstützen.

Die Grünen sprechen sich gegen Atomkraft aus.

Zur Klimaanpassung gibt es eine Reihe konkreter Anregungen (nationaler Hitzeaktionsplan usw.).

Déi Gréng haben ein umfassendes und schlüssiges Energie- und Klimaschutzprogramm, welches für die Energiewende steht. Wermutstropfen ist die niedrige CO₂-Steuer.





Die Sichtweise der CSV auf die Thematik spiegelt sich in der Aussage: „Für pragmatischen Klimaschutz“ oder aber auch in folgendem Zitat „Die CSV steht für Klimaschutz mit allen Menschen im Boot, für eine Klimapolitik der Anreize ohne Brecheisen“.

Erneuerbare Energien sollen derart ausgebaut werden, dass die vereinbarten EU-Ziele „recht schnell“ erreicht werden. Die Bedeutung des Netzausbau wird hervorgehoben, erneuerbare Energien gefördert, ein Wärmekataster soll erstellt werden. Dem Staat obliege die Verantwortung eines Vorbildes. Die angeführten Maßnahmen, die tendenziell bereits bekannt sind und auch gängig akzeptiert, stellen eher eine Weiterführung des bisher bekannten dar.

Allerdings zeigt sich bei der Lektüre des Programmes, dass die Aussage „pragmatischer“ Klimaschutz bedeutet, sich scheinbar weniger an notwendigen Klimaschutzz Zielen, sondern an dem (nach bisherigem Maßstab) „Machbaren“ - dem leicht „Umsetz-

baren“ zu orientieren. Auch wenn die CSV in dieser Logik u.a. vor allem auf finanzielle und steuerliche Anreize setzt, tritt sie für die Fortführung der CO₂-Steuer ein (betont wird dabei, die CO₂-Bepreisung dürfe „die Bürger nicht noch zusätzlich“ belasten; entsprechend soll es Finanzhilfen für Bürger geben, auch „für die breite Mitte“).

Die CSV tritt nicht nur für „grünen“ Wasserstoff ein, sondern auch andere Formen des gemischten Wasserstoffs (d.h. Formen, wie sie doch u.a. von Umweltbewegungen abgelehnt werden, da auf Erdgas und Atomkraft zurückgegriffen wird). Die Technologieoffenheit steht ebenfalls im Fokus. Viel soll gestärkt, unterstützt und ausgebaut werden, doch wie dies konkret geschehen soll, wird im Programm nicht oder nur begrenzt angegeben, Regularien scheinen kaum erwünscht.

Zur Atomkraft positioniert sich die CSV in ihrem Wahlprogramm nicht.



Insgesamt ein recht oberflächliches Programm, das – was die konkreteren generellen Anregungen betrifft – eher die gängigen und vielfach bereits in die Wege geleiteten Maßnahmen umfasst.

Dabei wird sehr stark auf Subventionen und Anreize gesetzt, Regularien werden nicht oder kaum befürwortet. Mit den genannten Maßnahmen ist nicht davon auszugehen, dass die zukünftige Klimaschutzpolitik über den aktuellen Stand der Dinge hinausgehen wird.

déi Lénk

Die Vorschläge der „Déi Lénk“ sind recht detailliert. Gefordert wird die sektorischen Emissionsreduktionsziele, die im Rahmen des Klimagesetzes festgehalten wurden, verbindlich umzusetzen. Dargelegt wird eine Reihe von Maßnahmen, um den Ausbau der Erneuerbaren voranzutreiben. Die energetische Renovation von Gebäuden steht ebenfalls im Fokus. Priorität solle dabei auch auf die Energie- und Ressourceneffizienz gesetzt werden. Die Thematik der Fernwärmenetze wird zudem angesprochen und konkrete Anregungen formuliert.

„Déi Lénk“ sprechen gegen eine sogenannte „regressive“ CO₂-Steuer aus, da diese die unteren und mittleren Einkommen besonders betreffen würde und treten hingegen für sozialverträgliche „progressive“

Steuermodelle ein, z.B. wie die von ihnen geforderte Preisstaffelung im Wasserbereich.

Zudem werden Vorschläge zur Energiearmut unterbreitet.

Subventionen in fossile Energien sollen gestoppt, der „Fonds de compensation“ nicht mehr in fossile Energieträger investieren und konsequenter Investitionen staatlicherseits in die Energietransition investiert werden. „Déi Lénk“ sprechen sich dabei gegen die Atomkraft aus. Ein Merkmal der Partei ist, dass sie den Fokus besonders darauflegt, der Energiesektor solle in öffentlicher Hand sein, es gäbe ein „Recht auf Energie“ und u.a. sollten Energiekooperativen in Bürgerhand weiter gefördert werden.



Insgesamt ein ausführlicheres Programm, das relevante Prioritäten des Klimaschutzes in den Fokus rückt. Die Ausrichtung zur CO₂-Steuer ist dabei nicht jene, wie sie von Umweltorganisationen im Allgemeinen vertreten wird.

Folgende Forderungen des ADR illustrieren die Sichtweise der Partei in diesem Themenbereich: die Preise für Treibstoff sollen „an Zukunft däitlech ènnert deene vun eines Nopeschlänner“ liegen, der Verbrennungsmotor soll auch nach 2035 beibehalten werden. Gefordert wird eine Energiesicherheit zu niedrigen Preisen, sowohl für die Menschen als auch für die Industrie. Gemäß ADR wird zu viel auf erneuerbare Energien gesetzt, diese würden nie ausreichen um den Bedarf zu decken. Fossile Energie und Atomkraft wären weiterhin wichtige Energieträger. Beim Heizen soll der „fräie Choix“ gelten, auch sollten „ideologische“ Auflagen aus energetischer Sicht im Baubereich „gestrichen“ werden.

Die CO₂-Steuer gehöre abgeschafft, Luxemburg solle sich finanziell an der Modernisierung der Kohle-

kraftwerke beteiligen, Atomkraft solle beibehalten werden. Mehr oder weniger versteckt wird angeführt, der Klimawandel sei nicht unbedingt in diesem Ausmaß menschengemacht. Zudem suggeriert die ADR, dass die Wissenschaft nicht in der Lage sei, den Anteil, den die Klimakrise am Auftreten von einzelnen Naturkatastrophen, habe zu bestimmen.

Die ADR tritt zudem dafür ein, die Kosten des Klimaschutzes zugunsten der Privatwirtschaft auf den Steuerzahler zu verlagern: „Déi ekonomesch Entwicklung däerf net gebremst ginn duerch ze ambitiéis Èmweltoplagen. Dofir si mir der Meenung, datt de Staat déi domat verbonne Käschten iwver méi generéis Hëllefe kompenséiere sollt.“



Die Vorschläge der ADR stehen im direkten Widerspruch zu allen wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie zu politischen Zielen sowohl auf nationaler wie auch internationaler Ebene.

Die Piratenpartei plädiert ihrerseits für die Nutzung von alternativen Energiequellen, die Förderung der Geothermie, den Ausbau der Ladestationen für E-Mobilität, die Anziehung eines „Climatetech“-Sektors, bessere finanzielle Rahmenbedingungen für die Renovierung von Gebäuden u.a.m. Die „Piraten“ setzen sich für die Einführung eines öffentlich-privaten Fonds ein, der Projekte von finanziell schwächeren Haushalten Solaranlagen vorfinanzieren soll und sprechen sich gegen Atomkraft aus. Sie befürworten „Carbon Capture“ (d.h. technische Lösungen, um der

Atmosphäre CO₂ zu entziehen). Das Modell des Klimabonus (pauschaler Betrag, der an alle Personen ausbezahlt wird) ist ein weiterer Programmypunkt, um umweltfreundliches Verhalten zu belohnen, mit gleichzeitiger Anpassung der CO₂-Steuer. Wie dieser Mechanismus wirken soll (bis dato erfolgt die CO₂-Steuer auf den entstandenen Emissionen), ist schwer erkennbar und nicht ausformuliert. Einzelne Programmpunkte der Piraten sind ausführlicher dargelegt, die meisten sind jedoch recht allgemeiner Natur.



Die angegebenen eher punktuellen Vorschläge gehen teilweise in die richtige Richtung, sind jedoch nicht in einer kohärenten und erkennbaren Gesamtstrategie eingebettet.

Es finden sich nur sehr begrenzt konkrete Maßnahmen im Programm von Fokus, außer eher allgemein formulierte Aussagen wie z.B. die Forderung nach dem Ausbau der erneuerbaren Energien oder die Förderung der Bürgerbeteiligung dabei.

Vor allem das Kapitel Wasserstoff wird ausführlicher behandelt.

Die Partei ist zudem gegen die ihrer Überzeugung nach „überzogenen“ Vorschriften im energetischen Bereich beim Bau von Gebäuden, gegen das

Verbot des Verbrennungsmotors und betonen ihre Zustimmung zur Atomkraft (zur Sicherung der Versorgung). Die Wärmepumpe als Referenztechnologie wird infrage gestellt.



Das Programm stellt mit seinen allgemeinen und vor allem auch problematischen Aussagen aus Klimaschutzsicht kein schlüssiges und operationelles Gesamtkonzept dar, um die Energiewende voranzubringen.

LANDESPLANUNG

WAT FIR E STELLEWÄERT FIR D'LANDESPLANUNG

- WÉI ENG AUSRIICHTUNG VUN DER MOBILITÉITS-POLITIK?

Vorbemerkung: Alle Parteien sprechen sich für den Ausbau des öffentlichen Transportes, den Ausbau des Schienennetzes und die Förderung der sanften Mobilität aus (*). Dabei gibt es aber große Unterschiede im Detaillierungsgrad und auch z.T. in der Schwerpunktsetzung. Generell soll gemäß Parteiprogrammen der Landesplanung einen größeren Stellenwert eingeräumt und die Zusammenarbeit mit der Großregion verbessert werden, wobei es aber erhebliche Unterschiede zwischen den Parteien gibt, was darunter zu verstehen ist.

LSAP

Die Bereiche Landesplanung und Mobilität sind im Programm der LSAP äußerst kurz gefasst und begrenzen sich auf eher allgemeine bzw. grundsätzliche Aussagen. Im Bereich der Landesplanung wird vor allem auf die Rolle der Gemeinden verwiesen und die Notwendigkeit einer stärkeren Unterstützung der Gemeinden dargelegt. Eine Art Entwicklungsgesellschaft soll zudem gegründet werden, um - gemeinsam mit den Gemeinden - Urbanisierungs- und Sanierungsprojekte bzw. eine Revitalisierung von städtischen Zentren umzusetzen. Die interministrielle Zusammenarbeit im Bereich der Raumnutzung soll verstärkt werden, ebenso wie die Beratung der Gemeinden zur Umsetzung der Ziele

der Landesplanung. Ein Verweis auf das neu erstellte „*programme directeur*“ der Landesplanung gibt es nicht.

Die LSAP führt im Mobilitätsbereich an, die Priorität müsse auf dem Ausbau des öffentlichen Transportes liegen und sie bekennt sich dazu, den Privatverkehr reduzieren zu wollen („réduire le trafic“). Eine Priorisierung des öffentlichen Transportes im Straßennetz („prioriser le bus sur la voie publique“) wird angeführt, der Ausbau der modernen Stadtbahn befürwortet. Der nationale Mobilitätsplan 2035 soll überarbeitet werden, wobei dann aber eher punktuelle Reformpunkte angeführt werden (Bushaltestellen optimieren, intelligente Lichtschaltung....).

Landesplanung und Umgestaltung der Mobilität haben im Programm der LSAP nur eine eher untergeordnete Rolle.

* Was die Stellung der Parteien zur Förderung des Fahrrades anbelangt, sei auf die diesbezügliche Analyse von provelo verwiesen - https://provelo.lu/de/questionnaire_walen_2023_de

Der Programmteil „Landesplanung“ ist äußerst kurz gefasst. Anregungen sind u.a.: Umsetzung des neuen Programmes der Landesplanung und der sektoriellen Pläne, verstärkte finanzielle Mittel für die Gemeinden, Dezentralisierung von Arbeitsplätzen, Reduktion der Bodenversiegelung, stärkere Unterstützung der Gemeinden.

Der Tenor der DP im Bereich der Mobilität ist es, eine freie Wahl des Fortbewegungsmittels für den Nutzer zu garantieren indem die Multi-modalität bei allen Projekten im Vordergrund steht. Die Verkehrsberuhigung innerorts soll „vorangetrieben“ werden und Tempo-30-Zonen bzw. Tempo-20-Zonen und

shared space dort umgesetzt werden, wo es „Sinn ergibt“. Zusätzliche Busspuren sollen geschaffen werden.

Der Ausbau des Straßennetzes (mit u.a. Umgehungsstraßen) soll schnell und zusammenhängend umgesetzt werden. Es wird nicht angeführt, an welche Straßenbauprojekte gedacht wird (... „und weiter in die Straßeninfrastruktur investieren“). Mobilitätskonzepte für Unternehmen sollen zudem erstellt werden u.a.m.

↗

Die Anregungen in der Landesplanung sind sehr knapp, aber positiverweise wird auf die Umsetzung des neuen „programme directeur“ verwiesen. Das Kapitel Mobilität ist ausführlicher, wobei die DP für den Ausbau des öffentlichen Transportes und der sanften Mobilität ist: die Partei sieht jedoch keine Priorisierung bei den Transportmitteln vor.



Déi Gréng haben ein konsequentes Programm auf der Ebene der Landesplanung: Umsetzung der neuen Vorgaben der Landesplanung, Integration der Landesplanung in die Verfassung, Vorantreiben des Bodenschutzes und Reduktion des Flächenverbrauchs, Konzentration des Wohnungsbau auf gezielte Orte – Förderung der regionalen Entwicklungszentren sowie der Ballungszentren, Belebung der Viertel, Zusammenarbeit mit der Großregion ... Diese und weitere andere Instrumente werden im Detail angeführt. Der Flächenverbrauch soll u.a. durch flächensparendes bauen und multifunktionale Gebäude sichergestellt werden, Leitlinien zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Bodenversiegelung sollen ausgearbeitet werden. Ebenso soll die regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gestärkt werden.

Déi Gréng sprechen sich für die nationale Mobilitätsstrategie „PNM2035“ aus. Diese Strategie, die umfangreich und detailliert ist, steckt den Rahmen für ihr Programm ab. Déi Gréng unterbreiten darüber hinaus eine ganze Reihe von weiteren Vorschlägen, u.a. betreffend die Unterstützung von Gemeinden und Firmen, die Förderung von Fahrgemeinschaften, unterbreiten sehr konkrete Anregungen zur Förderung der sanften Mobilität usw. Die Vorschläge von den Grünen zum Ausbau der Infrastrukturen im Schienenverkehr sowie der modernen Stadtbahn sind besonders konkret.

Déi Gréng befürworten eine Reihe von weiteren sogenannten „contournements de proximité“. Dabei wird nicht auf das von der aktuellen Regierung erstellte Instrument der Kosten-Nutzen-Analyse eines neuen Straßenbauprojektes verwiesen. Nach Ansicht des Mouvement Ecologique sind diese Planungen in der Form doch höchst problematisch und ein Wermutstropfen in dem ansonsten anregenden Programm.

↗

Déi Gréng stehen für eine nachhaltige Trendwende in der Mobilität (die Frage der Umgehungsstraßen ist jedoch problematisch) und unterbreiten in ihrem Programm sehr konkrete Anregungen zur Stärkung der Landesplanung.

Die CSV gibt an, sie wolle der Landesplanung wieder mehr politisches Gewicht einräumen und auch dementsprechende zusätzliche Finanzen zur Verfügung stellen. Eine vergleichbare Lebensqualität in allen Regionen sollte erreicht, die zentralen Orte gestärkt und Arbeitsplätze dezentralisiert werden. Im Kapitel Wirtschaft / Industrie wird angeführt, die sektorien Pläne der Landesplanung sollen umgesetzt werden und dabei gälte es zu vermeiden, dass „Raumplanung und Naturschutz wichtige Projekte ausbremsen“.

Es sollte „keinen staatlichen Dirigismus in Sachen Flächenversiegelung und Innenverdichtung“ geben und die Landesplanung dürfe den Wohnungsbau nicht ausbremsen. Die Prinzipien der Landesplanung sollen mit „Augenmaß“ umgesetzt werden. Perimeter-Erweiterungen sollen weiterhin möglich sein, Landesplanung solle „leiten und orientieren, nicht verhindern und blockieren“. Die CSV spricht sich gegen die neue Bestimmung des „Programme directeur“ aus, welche zum Ziel hat, die weitere zulässige Versiegelung der Gemeinden auch

national zu steuern. Die Gemeinden sollen frei entscheiden können.

Das Programm der Landesplanung soll mit zusätzlichen Daten „vervollständigt“ werden. Die Zusammenarbeit mit der Großregion nimmt im landesplanerischen Konzept der CSV nur einen begrenzten Raum ein. Die CSV weist in der Einführung des Kapitels vor allem darauf hin, dass sie die Landesplanung in der Kontinuität des IVL (Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungs-konzept) umsetzen wolle.

Die Gemeindefinanzen sollen so reformiert werden, dass sie der Landesplanung, u.a. den ländlichen Gemeinden, Rechnung tragen.

Neben dem Bekenntnis zum öffentlichen Transport (mit u.a. Ausbau des Tramnetzes...) und zur sanften Mobilität ist die CSV besonders konkret, was den Bau weiterer Straßen betrifft: So werden u.a. 14 Umgehungsstraßen explizit aufgelistet, eine „Westtangente“ soll gebaut, die Nordstraße auf 4 Spuren ausgebaut, die Machbarkeit einer Ab- und Auffahrt Mersch/Schoenfels überprüft werden.



Das Programm erweckt den Anschein, als ob die Landesplanung vor allem „pragmatisch“ erfolgen sollte, die kommunale Autonomie soll nicht angerührt werden. Landesplanung soll die Realisierung von Projekten nicht erschweren oder verhindern. Unklar ist demnach, wie es um deren politischen Stellenwert und die Umsetzbarkeit des „programme directeur“ letztlich steht. Das Programm im Bereich Mobilität steht aufgrund der vielen Projekte zugunsten des Individualverkehrs kaum für eine nachhaltige Trendwende in der Mobilität.

déi Lénk

Déi Lénk unterstützen die Ziele des neuen Programmes der Landesplanung und legen einen besonderen Wert auf die Anpassung an die Klimaveränderungen (Begrünung der Ortschaften, Strategie der Entsiegelung der Böden...). Prioritär sollen Siedlungsflächen im Inneren der Perimeter für neue Bauprojekte genutzt werden. Das Prinzip „Eigentum verpflichtet“, ebenso wie das „Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand“ sollen verstärkt angewandt werden. Die regionale Zusammenarbeit der Gemeinden soll gefördert und die Gemeinden gesetzlich verpflichtet werden, die Vorgaben der Landesplanung einzuhalten.

Im Mobilitätsbereich sprechen sich déi Lénk u.a. für hohe Investitionen bzw. höhere Frequenzen beim öffentlichen Verkehr aus, den Ausbau des Tramnetzes, kommunale Mobilitätskonzepte mit Einbeziehung der Bevölkerung sowie die Erweiterung des gratis-öffentlichen Transportes zugunsten der Grenzgänger.

Was den Individualverkehr anbelangt, wird dem Bau weiterer Straßen eine Absage erteilt und der Förderung der sanften Mobilität eine Priorität gegeben. Die Förderung der Elektromobilität sollte sozial begleitet und umweltbelastende Fahrzeuge entsprechend benachteiligt werden.



Während die Aussagen von déi Lénk in der Landesplanung eher allgemeiner bzw. grundsätzlicher Natur sind, steht ihr detaillierteres Programm im Mobilitätsbereich für eine ökologisch orientierte Trendwende.

Für die ADR ist die Wachstumsfrage eine zentrale Frage auf der Ebene der Landesplanung. Die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit sollen gemäß ADR wieder näher aneinander gebracht werden, Instrumente in dieser Richtung werden jedoch nicht benannt. Die sektorien Pläne der Landesplanung z.B. im Wohnungsbau sollen lediglich als Richtschnur gelten und flexibel genug sein, um die Gemeinden autonom „plangen ze loossen“. Generell werden kaum konkrete Vorschläge auf der

Ebene der Landesplanung angeführt.

Eindeutig Stellung bezieht die ADR im Bereich der Mobilitätspolitik. Wohl wird die Notwendigkeit der Förderung des öffentlichen Transports angeführt (Forderung nach einer direkten Verbindung mit Saarbrücken, City-Tunnel unter der Hauptstadt für den Schienenverkehr ...), die Priorität liegt jedoch eindeutig auf dem Individualverkehr und dem Ausbau des Straßennetzes (so z.B. der Ausbau der Nordstraße auf 4 Spuren, dem Bau weiterer Umgehungsstraßen

(„Mir wäerten och wichtig Ēmgeeungsstroosse sou séier wéi méiglech bauen“). Ebenfalls tritt die ADR für die Schaffung weiterer Parkplätze ein („D'ADR weit d'Zuel vun de Parkplaze massiv aus ...“). Die erste Forderung im Bereich „duuss Mobilitéit“ ist es, die Disziplin von Autofahrer und Radfahrer müsse verbessert und ggf. eine diesbezügliche Bestrafung und eine Abänderung des „code de la route“ durchgeführt werden. Beide - Auto und Fahrrad - sollen sich auch nicht mehr eine Straße teilen, dies

wäre zu gefährlich (es ist nicht ganz eindeutig, aber es scheint, als ob die ADR den Radverkehr ausschließlich auf Radwegen zulassen wolle), Tempo-30 Zonen sollen „vernünftig“ eingesetzt werden.

Das Programm der ADR steht nicht für eine Wende in der Mobilitätspolitik, auch eine Aufwertung des Stellenwertes der Landesplanung ist im Konkreten nicht erkennbar.



Das Programm der Piraten enthält kein spezifisches Kapitel zur Landesplanung; es finden sich entsprechend nur recht wenige diesbezügliche Aussagen im Programm. Die Partei spricht sich allerdings z.B. „gegen“ eine grundsätzliche Öffnung der Bauperimeter aus und „si skeptesch, fir nach méi Flächen hei am Land als Bauland auszeweisen. Perimetererweiderungen dierfen ausschliisslech fir d'öffentlech Hand a fir sozial Wunnenge genotzt ginn.“ Konkretere weitere Aussagen gibt es aber kaum.

Neben den Forderungen zum Ausbau des öffentlichen Transportes zur Ausdehnung des gratis-öffentlichen Transportes auf die Grenzregion zu innovativen Wegen beim Transport

(Monorail, Schwebebahn ...) werden recht wenige zusätzliche Aussagen im Mobilitätsbereich gemacht, die aus der Perspektive des Mouvement Ecologique relevant wären. Die Piraten sprechen sich dabei für eine neue Autosteuer / Vignette für alle Nutzer aus (als Beitrag zum Unterhalt des Straßennetzes). Diese soll aber nicht höher sein als die heutige. Das Tempolimit von 30-40 km / Stunde soll ausgeweitet werden. Die Piraten treten dabei dafür ein, die West-Umgehung der Stadt Luxemburg zu bauen, um den Verkehr in der Stadt-Luxemburg flüssiger zu gestalten. Auch die Nordstad „braucht“ gemäß Piraten „direkt“ zwei Umgehungsstraßen (nördlich von Diekirch sowie Verbindung Ettelbrück-Feulen).

Das Programm der Piraten im Bereich Landesplanung ist quasi inexistent. Ebenso reicht es nicht aus, um eine nachhaltige Mobilitätswende voranzutreiben, nicht zuletzt u.a. auch aufgrund der Befürwortung eines doch erheblichen Ausbaus des Straßennetzes.



FOKUS.

Fokus widmet der Landesplanung kein spezifisches Kapitel, es ist dann auch recht schwer erkennbar, welches ihre diesbezügliche Sichtweise ist. Markant für das Programm sind Sätze wie folgende: „FOKUS hätt gär eng Landesplanung, déi endlech Wunnen a Schaffen op eng Aart a Weis matenee verbénnt, déi mam éffentlechen Transport ze meeschteren ass. Duerfir seet FOKUS kloer: Schluss mam Pacte Logement an all sengen Erscheinungsformen. Dëse sougenannte Pakt ass soss näisch wéi staatlech Finanzéierung vu kommunalem Wuesstem op all deene Plazen, op deenen et kee Sénn mécht.“ Konkretere Aussagen, was im Positiven erfolgen soll, gibt es nur sehr begrenzt bzw. kaum. Außer, dass sich „Fokus“ mit aller Konsequenz für eine stärkere Berücksichtigung der Großregion stark macht.

Fokus spricht sich im Mobilitätsbereich für den Ausbau des öffentlichen Transportes sowie u.a. einen „regionalen schienengebundenen Expressverkehr“ aus. Im Gegensatz zu fast allen anderen Parteien sieht Fokus laut Programm die Lösung der Mobilitätsprobleme nicht in der Stadtbahn um „d'Ménschen an d'Stad a no bei d'Stad bei hir Aarbechtsplazene ze bréngen“. Vielmehr tritt die Partei für eine S-Bahn bzw. ein RER-System ein. Das Zugnetz soll unterirdisch unter der Stadt ausgebaut und so durchgängig gemacht werden, Modelle, wie z.B. ein Monorail in Belval, gälte es zu untersuchen. Fokus tritt des Weiteren für den Ausbau des Straßennetzes ein („FOKUS wëll een Ausbau vum Stroosseréseau, do wou et Sénn mécht an urgent ass, wei véier Spure fir d'N7 am Norden.“) und „mir schwätzen eis resolut géint eng Generaliséierung vun Tempo 30 bannent Uertschaften an eng allgemeng Reduktiooun vun der Vitesselimitatioun op de Landstroossen aus.“

Eine Zukunftsvision für die Landesplanung ist bei „Fokus“ nicht erkennbar, die Vorschläge im Mobilitätsbereich sind weit entfernt von einer nachhaltigen Mobilitätspolitik.





NATURSCHUTZ A LANDWIRTSCHAFT

WÉI ENG STRATEGIE FIR DEN ERHALT VUN DER BIODIVERSITÉIT AN ENG NOHALTEG LANDWIRTSCHAFT?

Vorbemerkung: Im Folgenden werden die Vorschläge zur Wasser- bzw. Waldwirtschaft trotz ihrer Wichtigkeit nicht analysiert. Dies hätte den verfügbaren zeitlichen Rahmen gesprengt. Was den Bereich Biodiversität-Landwirtschaft anbelangt, gibt es generell einen parteiübergreifenden Konsens für bestimmte Aspekte, wie z.B. die Bedeutung der Durchgrünung der Ortschaften, den Ausbau der landwirtschaftlichen Beratung, die Verbesserung der Vermarktungsstrukturen, die Entwicklung des Gemüseanbaus sowie eine Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion. Ansonsten gibt es aber erhebliche Unterschiede zwischen den Parteien.

LSAP

Gemäß LSAP soll der Naturpakt attraktiver gestaltet, der nationale Naturschutzplan umgesetzt, die Renaturierung vorangetrieben, Feuchtgebiete erhalten, die Akteure vor Ort gestärkt, das heutige Kompen-sationssystem reformiert (im Sinne eines guten Kostennutzen-Verhältnisses bzw. eines reellen Mehrwertes für die Natur) werden.

Natur auf Zeit soll im innerstädtischen Bereich zugelassen werden. Das Naturschutzgesetz soll in dem Sinne überarbeitet werden, dass auch die Akzeptanz bei der Bevölkerung erhöht wird. Priorität müsse darauf gelegt werden, jene Projekte voranzutreiben, die für die Bevölkerung von Nutzen sind und die Menschen befähigen selbst aktiv zu werden und sich daraufhin in der „gestion de la nature“ einzubringen. Die LSAP betont folgen-

des Prinzip „*Éviter une approche trop répressive et pénalisante (Verbots-naturschutz)*“. Das heutige Kompen-sationssystem soll reformiert werden, um eine „*bonne relation coûts / résultats*“ und einen reellen Mehrwert für die Natur zu erreichen.

Im Bereich der Landwirtschaft ist das Programm der LSAP recht allgemein und kurz gehalten, es enthält aber folgende aus Nachhaltigkeitssicht wichtige Aussagen: der „*élevage durable, lié au sol*“ soll sichergestellt werden, ebenso wie das „*abandon de l'élevage intensif*“. Der Gebrauch von schädlichen Pestiziden und synthetischen Düngern soll beendet sowie ein „*écosystème local solide*“ für den Biolandbau geschaffen werden. Weitere konkretere Forderungen zum Biolandbau findet man nicht.



Insgesamt eher grundsätzliche Aussagen in den Bereichen Biodiversität und Landwirtschaft, welche aus Nachhaltigkeitssicht in die richtige Richtung gehen. Die konkreten Instrumente sind jedoch stark unterentwickelt.

Die DP steht für einen „ambitionierten, jedoch verhältnismäßigen und nachvollziehbaren Umweltschutz gemeinsam mit den Bürgern und Bürgerinnen.“ Die Partei setzt sich für die „Natur auf Zeit“ innerhalb des Bauparameters ein, damit einmal ausgewiesene Flächen zügig bebaut werden können. Ein Inventar der kompensierungspflichtigen Flora und Fauna soll „nur einmal“ erfolgen.

Dabei will sie das System der Kompensierungsmaßnahmen evaluieren und unter gewissen Bedingungen auch Kompensierungen auf privaten und nicht nur auf staatlichen Flächen erlauben, „sofern der ökologische Nutzen der Maßnahmen gewährleistet ist.“ Zudem wird angeführt, dass sie nicht nur für einen reaktiven Naturschutz eintrete, wie das bei den Kompensationsmaßnahmen der Fall sei, sondern ebenfalls für einen proaktiven. Sie bekennt sich zur Bedeutung der Renaturierung sowie der „Reaktivierung“ von Lebensräumen“. In welchem Ausmaß dies erfolgen soll, wird aber nicht angeführt. Die DP möchte den Erhalt bestimmter Ökosysteme auch über finanzielle Zuschüsse stärken, z.B. Projekte zur Förderung der organischen CO₂-Bindung (u.a. Feuchtgebiete). Biologische Stationen sollen aus-

geweitet und der Bodenschutz verbessert werden.

Die Öffnung der Bauparameter via Baulandverträge sollte möglich sein und das Umweltministerium sollte innerhalb des Bauparameters keine Kompetenzen mehr haben.

Im landwirtschaftlichen Bereich soll der Biolandbau gefördert werden sowie ein nachhaltiger Pflanzenschutz (mit Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln) erfolgen. Die DP tritt für den Biolandbau ein, legt sich jedoch nicht auf präzise Ziele fest und will erstmal den PAN-Bio 2025 Aktionsplan praxisorient gestalten. Die Partei setzt sich für einen „nachhaltigen Einsatz“ von Pflanzenschutzmitteln ein. Der EU-Beschluss zur 4 % Flächenstilllegung soll überdacht werden, da häufig die Kritik angebracht wird, sie mindere die Nahrungsmittelproduktion. Die Organisation eines regelmäßigen Landwirtschaftstisches soll sichergestellt sowie die „aktive Rolle der Landwirtschaft beim Klimaschutz“ gestärkt werden. Dabei wird bei den meisten Vorschlägen vor allem auf die Bedeutung von finanziellen Hilfestellungen zur Förderung eines Ziels verwiesen.

Das Programm der DP ist in beiden Themenbereichen zwar detailreich, jedoch recht schwer zu bewerten. Es finden sich z.T. positive Anregungen und ein generelles Bekenntnis zur Bedeutung des Naturschutzes. Z.T. finden sich aber auch recht allgemeine Äußerungen bzw. gegensätzliche Aussagen. Es ist somit schwer einschätzbar, welchen Stellenwert der Naturschutz schlussendlich in „Konfliktfällen“ hat bzw. wie sehr die Landwirtschaftspolitik grundsätzlich reformiert werden soll. Die unterschiedlichen Aussagen lassen die eigentliche Gesamtstrategie nur unklar erkennen.



Das Programm der Grünen im Bereich Biodiversität ist ausführlich: die Partei bekennt sich explizit zur Wichtigkeit des Naturschutzes und dies spiegelt sich auch in den angeführten Zielen und Instrumenten wider. Ausgesprochen wird sich u.a. für eine konsequente Umsetzung des Nationalen Naturschutzplanes; für eine verstärkte Vernetzung von Lebensräumen; dafür, dass wertvolle Landflächen verstärkt in die öffentliche Hand gebracht werden sollen; die Schutzwirkung von Naturprojekten verbessert wird; neue Schutzgebiete ausgewiesen, wertvolle Landschaftselemente (wie Einzelbäume, Hecken und Blumenstreifen) besser geschützt und geschaffen werden; Kompensationen in der Nähe des Eingriffes attraktiver gestaltet und der Bodenschutz verbessert werden. Kommunale Naturschutzsyndikate sollen zu einem flächendeckenden Netz ausgebaut werden.

Im landwirtschaftlichen Bereich wollen Déi Gréng dem Umweltministerium mehr Mitentscheidungsbefugnisse einräumen. Sie setzen sich ein für die stärkere Förderung des Biolandbaus mit einem langfristigen Ziel von 100 %, eine Reduktion des Viehbestandes und eine damit verbundene Unterstützung der Betriebe, eine bodengebundene Tierhaltung, eine Reduktion des Pestizideinsatzes (auch eine Pestizidabgabe). Des Weiteren sollen 20 % der landwirtschaftlichen Fläche an ökologische Maßnahmen gebunden und die einheimische Produktion von Futtermitteln, Pflanzenöl und Leguminosen sowie Mischkulturen gefördert werden. Die nationalen Kapazitäten im Bereich der Verarbeitung von Lebensmitteln sollen ausgebaut, die Verwendung 100 % biologischer und prioritär regionaler und saisonaler Zutaten in öffentlichen Einrichtungen sichergestellt werden u.a.m. Déi Gréng führen zudem die Bedeutung des „performance review“ der GAP an und treten für Reformen in diesem Zusammenhang ein.

Das Programm von déi Gréng ist in beiden Themenbereichen detailliert, die Gesamtorientierung mit den entsprechenden Maßnahmen würde sowohl den Naturschutz als auch eine nachhaltige Landwirtschaft stärken. Entsprechend sind die Aussagen grundsätzlich positiv zu werten.



Auch wenn sich die CSV grundsätzlich zum Naturschutz bekennt, so ist der Grundton doch folgender: „*Naturschutz darf nicht eine Verhinderungspolitik werden.*“ Diese Grundeinstellung findet sich - in unterschiedlicher Form - an mehreren Stellen des Programmes. So z.B. auch im Kapitel „Logement“, in welchem unter der Überschrift „*Méi einfach bauen*“ folgende Aussage zu lesen ist: „*Die CSV wird das Naturschutzgesetz überarbeiten*“ sowie „*Wir werden die Naturschutz-Kompetenzen des Umweltministeriums auf die Grünzone konzentrieren*“ oder aber „*Wir werden innerhalb des bestehenden Bau-perimeters keine Kompensationen mehr vorsehen*“. Fakt ist, dass die CSV eher die Probleme eines schlecht organisierten oder eines Zuviel an Naturschutz aufwirft. Es werden kaum reelle proaktive Vorschläge unterbreitet, wie die Biodiversität erhalten werden soll.

Folgender Satz prägt das Kapitel Landwirtschaft: „*Wir werden unsere Landwirtschaft nachhaltig absichern und politisch aufwerten.*

*Wird setzen dabei auf Wissenschaft - nicht auf Ideologie“ sowie „*Die CSV wird für eine nachhaltige Landwirtschaft eintreten, die das Soziale, die Wirtschaft und die Umwelt im Gleichgewicht hält*“.* Folgende Instrumente werden u.a. angeführt: Der Biolandbau soll ausgebaut, aber nicht aufgezwungen werden, Ziele werden nicht genannt. Die im Naturschutzgesetz verankerten Kompensierungsmaßnahmen sowie das Öko-Punkte-System sollen reformiert werden. Kompensierungsmaßnahmen sollen mit den Landwirten auf ihren Flächen umgesetzt werden können (Anmerkung: Derzeit soll dies auf öffentlichen Flächen erfolgen, die aber von Landwirten genutzt werden). Produktionseinschränkungen sollen gerecht entschädigt und die Dienstleistungen der Landwirte entsprechend entlohnt werden. Wobei nicht ausgeführt ist, was genau darunter zu verstehen ist und wie dies erfolgen soll. Ein „House of Agriculture“ soll geschaffen werden. Zum Einsatz von Pestiziden finden sich keine Aussagen.

Die CSV gibt an, sich für den Biodiversitätsschutz einzusetzen, zahlreiche Aussagen sind jedoch eher negativ geprägt, eigentliche Maßnahmen zu dessen Stärkung werden kaum angegeben. Der landwirtschaftliche Teil ist etwas konkreter. Da bei den von der CSV gewählten Formulierungen (“soll reformiert werden”), allzu häufig nicht genau gewusst ist, in welchem Sinne sie zu interpretieren sind, fällt eine Analyse recht schwer. Es ist kaum erkennbar, wie die zukünftige Landwirtschaftspolitik gemäß CSV im Detail aussehen soll.



déi Lénk

Déi Lénk sind die einzige Partei, die dafür eintritt, die Naturschutzhematik zu einer „*mission obligatoire*“ der Gemeinden zu machen. Sie treten ein für einen verbindlichen Biotopkataster sowie dafür, das Kompensierungssystem im Sinne eines „*Mehr an Naturschutz*“ zu reformieren. Das Vorkaufsrecht von Staat und Gemeinden auf naturschützerisch wertvollen Flächen soll erleichtert werden. Ausgewiesene Natura2000 Flächen sollen erhalten und vergrößert sowie der Pestizid- und Düngereinsatz auf diesen Standorten verboten werden. Priorität soll auf der Ausweisung und Schaffung neuer geschützter Zonen und offener Landschaft liegen, wo der Biodiversitätsverlust am höchsten ist. Dabei wird aber nicht ausgeführt, was darunter zu verstehen ist und wie dies gestaltet werden soll.

Was die Thematik der Landwirtschaft betrifft, so treten Déi Lénk bis 2025 für 100 % Biolandbau ein und unterbreiten Vorschläge hierzu (kritische Analyse Aktionsplan PAN-Bio 2025 usw.). Der Kreislauf der Rohstoffe sowie der Energie soll so weit wie möglich gestärkt werden, der Import von Soja u.a. durch die nationale Produktion von Pflanzenfutter für natürliche Proteine, Anbau von Leguminosen sowie Körnern reduziert werden. Bis 2035 soll ein Verbot des Einsatzes von Pestiziden gelten. Wertvolles Ackerland soll geschützt, ein „*politesche Conseil fir d'Liewensmëttel*“ gegründet werden. Verwiesen wird auf die Bedeutung der Kohärenz der Landwirtschaftspolitik und der internationalen Kooperationspolitik.



Im Bereich der Biodiversität führen déi Lénk eher nur begrenzt Maßnahmen an (einige jedoch struktureller Natur). Das Kapitel Landwirtschaft ist ausführlicher und beinhaltet eine Reihe konkreter zielführender Maßnahmen in Richtung einer nachhaltigen(re)n Landwirtschaft.

Die ADR verknüpft die Frage des Erhaltes der Natur direkt mit der Wachstumsthematik. Dabei spricht sie sich für einen „*qualitative Wuesstem fir de Naturschutz*“ aus. Es ist nicht erkennbar, was genau darunter zu verstehen ist. Folgende Aussagen prägen das Kapitel zudem: „... däerf net vergiess ginn, datt de Mënsch an d'Déieren en Deel vun der Natur sinn an den Naturschutz – a ganz besonnesch d'Ëmwelt-

verwaltung – net do ass, fir de Bierger ze schikanéieren“ (Anmerkung: wobei die Umwelt- mit der Naturverwaltung verwechselt wird). Das bestehende Kompensationssystem von Eingriffen in die Natur wird kritisch hinterfragt: „*Et däerf och net sinn, datt déi sougenannte Kompensatiounsmoosnamen et rechtfäerdegegen, datt émmer nees an émmer méi intakt a gesond Natur zerstéiert gëtt, fir Bëtongsbléck*

a Bëtongsfelder ze weechen“ Für Insektenschutz sollen mehr Blumen, so wenige Toxine (z.B. Pestizide) wie möglich eingesetzt werden. Wobei diese recht generellen Aussagen nicht mit konkreten Maßnahmen verknüpft sind, um diese Forderungen umzusetzen. Darüber hinaus gehende, konkrete Anregungen für den Erhalt der Biodiversität findet man nicht im Programm.

Außerst kritisch äußert sich die ADR gegenüber dem Biolandbau, sie spricht sich z.B. gegen die Bestrebungen der EU-Kommission aus, der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen in der EU solle sich bis 2030 auf 30% belaufen. Zu erheblich seien die Nachteile des Biolandbaus, wie z.B. geringere Erträge. Das Ein-

setzen eines Zukunftstisches, die Forderung nach mehr „Autarkie“ in der Lebensmittelproduktion sowie die Forderung, den Landwirten „Land ze loessen“, sowie unsinnige Compensationsmaßnahmen zu beenden, sind weitere Anregungen. Auf die Gentechnik fordert man einen „differenzierter Bleck“. Es soll im Übrigen keine „einseitige“ Koppelung der Hilfestellungen an die Fläche erfolgen. Ansonsten fehlt es an konkreten Aussagen, wie die konventionelle Landwirtschaft gemäß ADR fortentwickelt werden soll, damit sie verstärkt Biodiversitätsaspekten Rechnung trägt.

Insgesamt kein Programm, das den Biodiversitätsschutz in irgendeiner Form voranbringt oder aber konkrete Perspektiven für die Entwicklung einer zukunftsorientierten Landwirtschaft skizziert.



Das Programm springt vom Erstellen eines Fonds für Naturkatastrophen bis zum „Pirate wölle richteg Natur aplaz Bëtong mat Blummen“. Außer zum Thema Wald und einigen zaghaften Anregungen zur Durchgrünung der Ortschaften finden sich keine konkreten Anregungen im Bereich der Biodiversität im Wahlprogramm wieder. „Dréck gehéiert an d’Poubelle, net an d’Natur“ sowie „Manner Bëttong mat Blummen, méi heemesch Natur“ oder aber die Forderung, keine öffentlichen Plätze zuzubetonieren sowie große überirdische Parkings mit „Krässi, Rasengitter, Mulch oder Grouniet“ zu bedecken, sind die einzigen „konkreten“ Aussagen. Reelle Ansätze zum Schutz und Erhalt der Biodiversität gibt es nicht, eine Strategie ist nicht erkennbar.

Betreffend die Landwirtschaftspolitik soll der Biolandbau gefördert, Prämien reformiert und eine integrierte Betriebsberatung sichergestellt werden. Es bleibt aber bei diesen generellen Aussagen, Konkretes wird nicht angeführt. Gefordert wird zudem eine starke Subventionierung von Betrieben, die weniger Pflanzenschutzmittel verwenden, um deren Produktionsausfälle zu kompensieren. Bis 2050 soll 100 % Biolandbau erreicht sein (ohne Anregungen jedoch, wie dies erfolgen soll). Die landwirtschaftlichen Prämien sollen weniger auf der „Unzuel un landwirtschaftlecher Fläch gerechent“ werden, sondern „misst eng gutt Qualitéit vun der Produktioun vill méi staark subventioniéert ginn.“

Insgesamt ist das Programm der Piraten im Bereich Biodiversität unzureichend (wenig Inhalt, wenig Konkretes), jenes im Bereich Landwirtschaft etwas ausführlicher, eine eigentliche Strategie ist aber nicht erkennbar.



FOKUS.

Die Überschrift zum Naturschutzkapitel lautet „Die Natur kann ohne den Menschen – wir nicht ohne die Natur“. Im Programm findet man dann aber keine eigentlichen Aussagen, wie „Fokus“ den Naturschutz voranbringen will. Schwer zu deuten ist ebenfalls, was sich hinter Aussagen wie folgenden versteckt: „Fokus wünscht sech, datt d’Émwelt- a Naturschutzgesetzgebung esou iwwerschafft ginn, datt se bestoend mënschlech Präsenz an Aktivitéit nohalteg weider erlaben, an zukünfteg Bautätegeket net praktesch verhënneren.“ oder „Et ass wichtig, eng Form vun ekonomescher a gesellschaftlecher Entwicklung ze erreechen, déi am Aklang mat der Natur an hirer ganzer Diversitéit erfollegt. Dobäi kann awer net all Flantermaus, all roude Milan an all Dachs am Eenzelen iwwer der Entwicklung vun der Infrastruktur stoen. Et muss méiglech

sinn, den Habitat vun Déieren a Plantzen ze schützen, a gläichzäiteg néideg human Infrastrukturen ze schafen a weider ze entweckelen.“

Fokus macht sich stark für den Biolandbau und unterbreitet auch diesbezügliche Vorschläge (Honorierung durch Bonussystem, Verbesserung durch innovative Forschungsansätze, Promotionskampagnen u.a.m.). Aktive Landwirte sollen beim Kauf von Grundstücken für die Nahrungsmittelproduktion gegenüber Investoren bevorzugt werden, Landwirtschaft solle mehr werden als „subventionsabhängige Quotenbauern“. Messbare Leistungen der Landwirtschaft müssten monetär bewertet und durch ein Bonussystem honoriert werden. Diese Aussage findet sich auch im Zusammenhang mit dem Biolandbau, konkretere diesbezügliche Ziele werden aber nicht definiert.

Die Vorschläge von Fokus im Bereich Biodiversität bzw. im Bereich Landwirtschaft sind sehr summarisch und eher allgemeiner Natur. In beiden Bereichen fehlt es an einer eigentlichen kohärenten und detaillierteren Vorstellung, wobei sich bei der Biodiversität eine Tendenz zu „weniger Naturschutz“ vermuten lässt.





DEMOKRATIE

WÉI KANN EIS GESELLSCHAFT MÉI DEMOKRATESCH GINN?

Vorbemerkung: Alle Parteien setzen sich für ein Mehr an Bürgerbeteiligung aus, für einen Ausbau der Demokratie und der Beteiligungsmöglichkeiten. Es gibt jedoch feine Unterschiede im Detaillierungsgrad.

LSAP

Die LSAP tritt generell für einen Ausbau der Bürger:innenbeteiligung ein. Ab 16 Jahren soll ein freiwilliges Wahlrecht bestehen. Betreffend das Engagement sollen vor allem junge Menschen verstärkt eingebunden werden. Ein „*congé bénévolat*“, ein „*compte engagement citoyen.n.e*““

qui ouvre l'accès à certaines formations spécifiques“ sowie ein „*service civil volontaire*“ sollen u.a. eingeführt werden. Spezifisch setzt sich LSAP sich vor allem für die Förderung des Ehrenamtes im kulturellen und sportlichen Bereich sowie von jungen Menschen ein.

Die „*gouvernance transparente*“ soll ausgebaut werden. Eine Reform des Staatsrates wird nicht angestrebt, lediglich die Zahl der Mitglieder soll von 21 auf 26 erhöht werden. Existierende beratende Gremien sollen reformiert und u.a. für diverse gesellschaftliche Strömungen geöffnet werden.



Die DP spricht sich generell für den Ausbau der Bürger:innenbeteiligung aus und führt hier vor allem auch den Klima-Bürgerrat wie auch die Bürger-Initiative an. Diese Instrumente sind für die DP augenschein-

lich von großer Bedeutung. Anregungen, wie die Bürgerbeteiligung im allgemeinen verbessert werden kann, werden dagegen nicht gemacht. So gibt es keine Anregungen, wie das Engagement in der Zivilgesellschaft,

also in Organisationen, unterstützt werden kann. Eine Trennung der Doppelmandate soll erfolgen, ebenso eine Reform des Zugangs zu Informationen. Eine Reform des Staatsrates wird nicht angeführt.



Déi Gréng unterbreiten eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Förderung der Bürger:innenbeteiligung und der Demokratie: Sie setzen sich als einzige Partei für die Einführung eines „*congé du bénévolat*“, die Entwicklung eines „Nationalen Bürgerdialog- oder Bürgerratsmodells“ sowie die Schaffung eines „*Observatoriums*“ das staatliche Politiken verfolgt (zwecks

regelmäßiger Überprüfung der Umsetzung von Gesetzen). Generell soll die Bürgerbeteiligung ausgebaut werden, auch mittels besserer Verankerung in Gesetzen. Dabei sollen Aspekte wie „*punktelles und zeitlich limitiertes Engagement*“ angepasst, der Rechtsstatus des Ehrenamtes verbessert werden u.a.m. Das Gemeindesyndikatsgesetz soll überarbeitet, der Informationszugang verbessert

werden. Des Weiteren sprechen sie sich für ein starkes und transparentes Parlament aus und für eine Reform des Staatsrates aus. Staatliche Strukturen sollen effizienter gestaltet, Doppelmandate zwischen Schöffenrats- und Abgeordnetenmandat abgeschafft werden. Ab 16 Jahren soll ein freiwilliges aktives Wahlrecht gelten.



Die CSV gibt im Kapitel „Kultur“ an generell das Ehrenamt fördern zu wollen, ebenso im sportlichen Bereich. Die Beteiligung junger und älterer Menschen im Benevolat soll zudem gestärkt werden. Dies soll aber vor allem über steuerliche Anreize sowie eine entsprechende Ver-

sicherung erfolgen. Auch soll der „*conseil supérieur du bénévolat*“ neu belebt werden. Generell soll die Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen weiter ausgebaut werden, konkrete Anregungen gibt es jedoch keine. Die politische Bildung soll weiter unterstützt

werden: vom Kindergemeinderat bis zum Jugendparlament. Die CSV äußert sich nicht zur Frage des Wahlrechtes ab 16 Jahren, zu den Doppelmandaten, zur Reform des Staatsrates sowie zur Reform des Gesetzes betreffend den transparenten Staat („Informationszugangsgesetz“).



Déi Lénk sprechen sich für eine Stärkung der Bürger:innenbeteiligung aus („*eng demokratesch Erneierung*“), ohne aber ins Detail zu gehen. Konkret schlagen sie die Einführung des „*Biergerinitiativrechts*“ vor. Doppelmandate von Schöffen-

rats- und Abgeordnetenmandaten sollen abgeschafft werden; ab 16 Jahren soll ein allgemeines Wahlrecht gelten. Das Recht auf Zugang zu Informationen soll ausgeweitet, der Staatsrat reformiert und eine bessere Organisation des Staates

sichergestellt werden.



Die ADR tritt ein für die Einführung eines Referendums via Volksentscheid sowie für ein Mehr an Bürgerbeteiligung, diesbezügliche konkrete Instrumente werden aber kaum angeführt. Die Reform des Staatsrates, die Verbesserung des Zugangs zu Informationen sowie

die Abschaffung der Doppelmandate sind weitere Anregungen. Zum Herabsetzen des Wahlalters bezieht der ADR nicht Stellung.



Die Piraten treten auf mehreren Ebenen für eine breitere Bürger:innenbeteiligung ein: so soll ein nationaler Bürgerrat geschaffen werden (dessen Mitglieder per Losverfahren bestimmt werden), ein „*partizipatives*“ Budget auf nationaler Ebene eingeführt, der Aus-

tausch zwischen Zivilgesellschaft und Abgeordnetenkammer verbessert werden sowie eine Trennung von Doppelmandaten erfolgen. Ebenfalls treten sie für ein nationales „*Klima- an Émweltgremium*“ ein, das auf nationaler Ebene eine Rolle übernehmen soll. Der Zugang zu In-

formationen soll ebenfalls verbessert werden. Die Reform des Staatsrates wird nicht angeführt, auch das Wahlalter wird nicht thematisiert.



Die Partei tritt ein für die Reform des Staatsrates und die Trennung der Doppelmandate. Die Bürgerbeteiligung soll ausgebaut werden. Es werden eine Reihe von Vorschlägen zur besseren Organisation des Staatsapparates gemacht; der Gemeindeverband „*Syvicol*“

soll zu einer „*Beruffschamber vun de Buergemeescheren*“ umgebaut werden. Vorschläge zur Reform des Staatsrates werden unterbreitet, parlamentarische Sitzungen sollen transparenter gestaltet werden. In Sachen Bürger:innenbeteiligung oder Zugang zu Informationen enthält das

Programm jedoch keine Anregungen. Das Mindestwahlalter soll auf 16 Jahre herabgesetzt werden.



RIED VUN DER PRESIDENTIN BLANCHE WEBER, OUVERTURE OEKFEST 2023

GRONDZAETZLECH ZUKUNFTS - A WAL-ERAUSFUERDERUNGEN : E GESELLSCHAFTLECHE A POLITESCHE CHOIX

„Et soll eise Kanner emol besser goen...“... An et wuar ganz kloer wat énnert „besser goen“ ze verstoen ass: méi sozial Sécherheet, Iwwerwannung vun Aarmut, Misäre ... duerch de Wuesstem. De Wuesstem als Viraussetzung fir e bessert Liewen huet eis ganz Kultur Joerzéngte / Joerhonnertelaang gepräagt.

Joerzéngtelaang gouf et och en direkte Lien téscht „Wuesstem“ an dem Zil vun engem bessere Liewen.

Ma ass dat Bild haut nach émmer richteg?

Nee. Ganz sécher net, e.a. aus folgenden 3 Haaptgrënn:

1.

De Modell vum konstante materielle Wuesstem ass aus **sozialer Siicht** de falschen! An de Länner vum Norden ass et émmerhi gelongen, datt et positiverweis ville Leit dank dem Wuesstem besser geet, och wann de Räichtum ongerecht verdeelt ass an et nach ze vill arem Leit gëtt. Ma frankement versot huet de Modell aus globaler Siicht. Eise Ressourceverbrauch, eise Liewensmodell, de Wuesstem si fundamental mat entscheedend derfir, datt weltwäit honnerte Millioune Leit énnert onmënschleche Bedingunge liewen a schaffen, jo esou guer nach émmer un Honger stierwen. All 4 Sekonne stierft e Mensch un Honger. Sécher, net nämmen de Wuesstem an den enorme Ressourcëverbrauch bei eis sinn derfir verantwortlech. Ma se droe massiv derzou bai. De Wuesstemsmodell an eise Länner ass strukturell mat fir dem immense Misär an de Länner vum Süde verantwortlech. Zurecht gëtt den Ausdruck vum **moderne Kolonialismus** benutzt! Wat en Echec vum Modell!

2.

En ass awer och, an dat ass gewosst, aus **ekologescher Siicht** net méi tragbar. Mir zerstéiere grad eis euge Liewensgrndlagen an nach desto méi déi vun de nächste Generatiounen.

3.

De Modell fonctionéiert awer och aus **ekonomescher Siicht** net méi. D'Liwwerketteproblemer, den Ukrainkrich, déi geopolitesch Spannungen e.a. wéinst der Ofhängigkeit vun oft rare Rohstoffen asw. weisen, datt de Wirtschaftsmodell ekonomesch vill ze fragil a problematesch ass a net méi opgeet.

Et géing sech loune weider Grënn, firwat de Modell ze hannerfroen ass, duerzeleeën, z.B. d'Tatsaach datt d'Zefriddeneet net duerch materielle Wuesstem zouhëlt asw., ma dat géing elo de Kader sprengen.

Déi kruzial Fro ass a bleift weiderhin: Firwat lafe mir engem Modell no dee sozial, ekologesch an ekonomesch net méi zilféierend ass, jo esou guer mat verheerende negative Konsequenze verbonnen ass? A firwat präagt dës Froestellung d'Walprogrammer net vill méi?

Dëser Deeg gëtt ee jo vun der Press an anere gefrot, wat eis Haaptprioritéite fir d'Walen an déi nächst Regierung sinn: ma ganz kloer, e kloert Bekenntnis zur Noutwendigkeit vun engem **fundamentale kulturellen, gesellschaftlichen a wirtschaftlichen Transitionenprozess an entsprechenden Instrumenten** fir déi néideg Reformen an d'WEE ze leeden.

„Et soll eise Kanner emol bessser goen...“

4.

Eise **Sozialsystem ass am Ablack zu 100 % ofhängig vun dem Wuesstem vun der Wirtschaft a vun der Bevölkerungszuel**. Mais esou guer wa mäer an de nächste 50 Joer vun engem konstante weidere Wuesstem vum PIB a vun der Bevölkerung ausginn, wäert mam haitege Pensionnssystem a 50 Joer scho bal 1 Aktiven e Pensionär musse mat duerchhuelen. Dat ass dach keng responsabel Politik! Jo, kee weess wierklech wéi d'Zukunft ausgesäit an op déi do offiziell Prognosen antrieben. Ma Folgendes weess een:

- a) De Wuesstem ass kengeswees sécher, ma dem Finanzement vum Sozialsystem baut awer dorop op. Dat ass net responsabel.
- b) A wann de Wuesstem wéi geplant géing kontinuéierlech exponentiell weider goen, wot een sech kaum d'Konsequenzen an der Mobilität, Logement, Landverbrauch, Energieverbrauch auszemolen. Et gétt Leit déi mengen, et krit een och deen do massive Wuesstem gutt organiséiert an e.a. am nationale Mobilitätsplang, an der Landesplanung mécht een sech staark derfir. An och am Klimaplang gétt et esou Modellisierungen. Mir soe jo: e gewësse Wuesstem kréien a musse mäer besser organiséieren. Ma an deem Ausmooss, wäert et net gelénge wéi d'Erfarung weist. Et däerf een sech do näischt virmaachen.
- c) an esou guer wa mäer de Wuesstem besser organiséiert kriten, da misst déi nächst Generatioun nawell kucken, wéi si dann awer de System reforméiert kritt. Well émmer émmer weider wuesse müssen, well de System nu emol drop opgebaut ass, ass jo keng Optioune fir éiweg.

Well mäer haut net de Courage hunn e responsabelen zukunfts-fäige Modell opzebauen, verierwe mäer och nach dëse risege Problem de nächste Generatiounen a schwätzte monter vu gréngem, nohaltegen oder wéi och émmer engem Wuesstem! Natierlech ouni ze soe wat drënner ze verstoen ass. Haaptsaach Wuesstem! Wat eng Leeschung! Net némmen, datt déi nächst Generatiounen déi dramatisch Konsequenze vun der Klima- a Biodiversitétskatastrof droe müssen, kucke musse wéi d'Schied an d'Upassungsmoosnaamen an alles finanzéiert ginn... mäer hannerloosse dann och nach ganz bewusst e Sozialsystem deen net zukunftsfäeg ass.

Et däerf een dës esou wichteg Froestellungen net populistischen Aussoen iwwerloosse, wéi se besonnesch vun einzelne Parteie virgedroe ginn. Grad och dowéinst muss sech all Partei déi fir Sachleckheet a Zukunftsgestaltung stet der Fro unhuele wéi eise Sozialsystem mäi onofhängig vum Wuesstem ka gestallt ginn. Mäer bedaueren zudéifst, datt dës Fro net genuch vun de klassesche Parteien opgegraff gétt!

Déi nächst Regierung muss den Dossier éierlech ugoen. Wat dann am Konkreten decidéiert gétt, op eng aner Finanzementsbasis op den Dësch kénnt oder un anere Stellschrauwe gedréit gétt, dat soll offe gekuckt ginn. Ma mäer müssen den Thema endlech emol wierklech ugoen!

5.

Een anert zentraalt Element vun der ekonomescher Transition ass, datt mir sécher kloer Reegele brauchen, ma datt d'Präisser net länger däerfen dat falscht Signal an déi falsch Ureizer ginn. Den Ausdrock „**nohalteg Steierreform**“ hu mäer net an de Parteiprogrammer fonnt. Sécher, positiverweis gétt deelweis dervu geschwat de „principe pollueur – payeur“ mäi ze respektéieren, och zumindest hanert dem Prinzip vun der CO₂-Steier, wann och enger ze niddreger, sti vill Parteien. Ma d'Parteie bekennen sech net derzou, datt de

Steiersystem méi grondsätzlech aus ekologescher Siicht muss op de Lescht geholl ginn. Dobäi wësse mir all ém d'Bedeitung vun der **Internalisierung vun den gesellschaftlechen an den Émweltkäschten** fir eng Transition no fir ze bréngen.

Létzebuerg bestieert Kapital ganz niddreg an ass och nach émmer Schlusslicht bei den Émweltsteieren, Aarbecht bestiere mäer wesentlech méi. Et ergëtt kee Senn. Net sozial, net ekologesch, net ekonomesch.

Firwat geléngt et net parteiiwwergräifend esou eng strukturell Reform - Präiswourecht ze schaffen, dat méi ze bestiere wat problematesch ass an dat wünschenswäert manner - iwwerhaapt emol ze thematiséieren? Émwelt a Kapital méi – Aarbecht manner. Eigentlech eng „Win-win“-Situatioun, wa gezielt parallel sozial selektiv Kompensatiounen séchergestallt ginn. Firwat geléngt et och net, datt zu Létzebuerg e „green budgeting“ agefouert gétt? Also gekuckt gétt, wei vill Gelder am Ablack vum Staat falsch investéiert ginn an doduerch d'Klima- an d'Biodiversitétskris befeieren. Auslännesch Etuden hu gewisen, datt dat Milliardebeträg sinn... Firwat?

Mäer wäerten als Meco alles maachen, datt esou Instrumenter an de neie Koalitiounsaccord kommen.

6.

Ech hunn elo just e puer méi strukturell wichteg Reformen ernimmt. Mäer kéinten der méi huelen. Wou ass de Problem? Ass et net émmer nach dat selwecht, nämlech datt gemaach gétt wéi wann een d'Transition mat e puer Reparaturmosssnamen um haitege System kéint hikréien, an datt awer am Fong alles d'selwecht bleiwe kann?!

Iergend wie sti folgend Aussoe vun einzelnen Parteie symbolträchtig derfir: Do gétt a Programmer vun engem „*pragmatische*“ Klimaschutz geschwat. Wat vgl. heesch „*pragmatische*“ Klimaschutz? Eng Solarzell op den Dag a soss weider wéi bis elo?

Éierlech gesot, wann eng Partei dat do schreift, huet si de Problem net erkannt. Scheinbar net verstanen, datt d'Gesetzer vun der Natur net verhandelbar sinn! An datt mäer net erausplécke können, wéi en Naturgesetz mäer dann elo ok fannen a wéi eent net. Datt mäer net kennen zur Natur soen: wuart nach kuerz mat dénge Gesetzer, mäer hu grad Besseres ze dinn. Dobäi wësse mer selwer an d'Wëssenschaftler confirméieren dat unisono, datt niewent der Klimakris mat den immensen Hétzperioden, Wiederextremer an allem d'Situatioun an der Biodiversitéit an engem gewësse Senn esou guer nach mäi alarmant ass. Den Ökosystem ass eppes wéi en Netz. Räissen e puer Fiedem, hält d'Netz nach. Räissen der émmer mäi, da rässt d'Netz total duerch an et ass futti. A mäer sinn, an dat seet de Weltbiodiversitéitsrot – de Pendant zum Weltklimarot – ganz kloer, ganz knapp virdrun datt dat Netz rässt. Beim Klima gétt et fir Deeler vun der Mënschheet, wéi zynesch dat kléngt, eng Upassungsstrategie. Bei der Biodiversitéit net!

7.

Et ass wuel och aus deem fundamentale Messverständnis eraus, datt den Tenor an nawell ze ville Parteiprogrammer ass: mäer wäerten net weider reglementéieren, mäer gi léiwer Ureizer finanzieller Natur fir en ekologesch Verhale vu Privatleit a Betriber ze erreechen. Ënnerstëtzen, Fräiwëllekeet ass ugesot.

Natierlech si gewësse finanziell Ureizer a Subventiouen néideg an dës Instrumenter sinn ee wichtegt Element vun der Transitioun. Ma duer ginn se net! Domat kréie mäer de Wiessel, deen onbedéngt néideg ass, net hin.

Et kann net alles wat positiv ass subventionéiert ginn. Wou huelen mäer dat Geld hier? Hätte mäer net och deelweis besser Saache mat deene Gelder ze finanzierien? A virun allem: Doduerch datt een dat positivt subventionéiert, halen d'Belaaschtunge vun de negativen Entwécklungen nach laang net op, wann déi net gestoppt ginn. A wann eppes gewosst ass, an dat soen elo wierklech all Wëssenschaftler, dann ass et datt d'Zäit eis forteeft. Weder d'Zäit nach d'Geld fir eng Transitioun just mat Subventiouen ze maache sinn do!

Et geet net ouni kloer Reegelen. Mäer gi jo och kéng finanziell Hëllef wann e mat 50 km/h mam Auto duerch eng Uertschaft fier, ma mäer schreiwen et fir. A mäer soen och net, déi wou dat Geld net wëllen, däerfen derduerch rennen. Oder de Gurt undinn, ass net fräiwëlle, mee zur Sécherheet vu jiddwerengem virgeschriwwen. Do kritt ee kee Croissant vun engem Polizist:in an de Grapp gedréckt wann een en unhuet a wann ee keen unhuet wäer et och ok. Ech froe mech éierlech gesot heiando, ob wann haut de Fëmmverbuet nach net decidéiert wäer, de Courage bei esou munchem nach do wäer en anzeféieren...

Et ass déi verdammt Verantwortung vun der Politik fir déi néideg Reformen anzestoen, derfir ze werben, ze argumentéieren an ze informéiere firwat bestëmmt Moosnamen néideg sinn. Jo, eng Flucht vu Solaranlage bei neien Haiser an och Industriegebaier, eng Begrenzung vun der Versiegelung fir all Uertschaft wéi se elo an dem „Programme directeur“ vun der Landesplanung steet. Esou guer op EU-Niveau geet dervu riets, datt mäer d'Versiegelung vum Buedem müssen op null bréngen, grad wéi et och an eisem neie „Programme directeur“ vun der Landesplanung steet. E Verbuet vun esou banale Saache wéi Schottergäert fir d'Iwwerhëtzung erofzekréien an e Bäitrag zur Biodiversitéit ze leeschten.

Natierlech muss een d'Acteure mat op de Wee huelen an engem Dialog wou Argumenter ausgetosch ginn, souwuel Gemenge wéi berufflech Acteuren a Bierger:innen. Ma mir brauche Reegelen.

8.

Da kommen ech awer natierlech bei **d'Akzeptanzfro**. Jo, Politik an och Entscheidungen am ekologesche Beräich brauchen Akzeptanz a jo, dat ass net émmer einfach.

An de soziale Medien an an den anonymme Kommentarfunktiounen vun de Medie sinn et nawell Leit déi sech opreegen. Ma ass dat wierklech esou eng breet Strémung? Oder geléngt et net enger dach net esou grousser Zuel vu Leit d'Klaviatur vun de soziale Medie besonnesch effikass ze spiller? Gi mäer mëttlerweil deene populistesche Stëmmen net méi Raum, wéi de Stëmmen, déi sech konstruktiv abréngent?

Déi fundamental Fro ass natierlech trotzdem, wéi déi Akzeptanz ka beschtméiglech geschaafe ginn.

An do ass dëse Walkampf leider net grad e gutt Virbild. Mir hoffen inbrünsteg, datt duerno den Diskurs erëm en aneren Niveau wäert kréien. Fir ee Beispill ze huelen: Et kann ee soen, et goufen am Naturschutz e puer Bestëmmungen déi net esou zilféierend waren, et gouf sech alt ze vill mat Detailer opgehahen déi och Leit genervt hunn an dat wichtegt gouf aus den Ae verluer. Dat sote mäer och als Mouvement an et ginn och reell Problemer. Mais et muss een awer 2 Saache gesinn:

- Engersäits ass de Ministère zumindest deelweis am gaangen, déi Problemer opzeschaffen, spéit, ma émmerhin. Mäer setze fest drop, datt do nach wichteg Nobesserunge kommen.
- Anersäits kann een och wann ee Problemer feststellt oder mengt festzestellen en Toun uleeën, dee ganz kloer der Causa schued. En Diskurs deen do ass „et däerf net all Fliedermaus...“ ass on-würdeg fir net ze soe populistesch. Et ass och schlussendlech eng Fro vu Positionnement: een deen esou schwätzt, dee léist bei de Leit d'Bild aus eng Fliedermaus wäer net esou wichteg, an zitt bewosst d'Causa vum Naturschutz an d'Lächerlecht. **Dat ass genau dee Politikstil, dee Populismus a Politikverdrossenheit bréngt, well et net em Fakte geet, ma èm parteipolitesch Stëmmungsmaache déi schlussendlech gemeinsame gesellschaftlechen Zieler schued.**

Eng sereine, sachlech Kritik, wou net de Prinzip vum Naturschutz tout court énnert d'Rieder kënnnt, ass wichteg. Wann et awer esou geschitt, wéi et elo verschiddener maachen, da muss een sech net wonneren, datt een Akzeptanzproblemer esou guer nach verstärkt.

Mir erwaarden eis, datt déi nächst Regierung grondsätzlech èm Akzeptanz fir d'Transitioun werbt an datt d'Opposition – wéi eng Partei och émmer a wéi engem Roll wäert sinn – e korrekte sachlechen Diskurs iwwert déi néideg Reformschrëtter feiert. Och wann eng Kéier e Projet net perfekt ass! Ma datt mir de Konsens hunn a kommunizéieren, datt groussen Handlungsbedarf besteet a mäer no de beschte Léisunge rengen. Eng Politik, déi op néideg Veränderunge virbereed, derfir begeeschtere kann an derzou bäidréit, datt mir Léisunge gemeinsam uginn.

9.

Eng Fro ass dobäi absolut zentral. Déi vun der **sozialer Gerechtegkeet**. Bei der Transition muss all Mensch matgeholl ginn, grad och déi Leit mat manner Geld.

Eist Bruttoinlandprodukt huet sech zénter dem Joer 2000 vervéierfacht!! Trotzdem hu mäer flagrant sozial Ongerechtegeeten och zu Lëtzeburg an d'Scheier geet émmer méi auseneen. 2021 sinn 115.980 Menschen, also 19,2% vun der Bevölkerung, „armutsgefährdet“.

Wann ee vu Subsiden an Ënnerstëtzung schwätzt, da müssen déi Leit am Fokus stoen. Dat ass bis elo deelweis geschitt, z.B. bei der Redistributioun vun der CO₂-Steuer (wou awer kee weess op se gutt genuch geograff huet), ma grondsätzlech nach bei wäitem net genuch.

Mäer stinn als Mouvement Ecologique derfir, **datt an Zukunft ganz gezielt a sozial selektiv Leit mat manner Geld an der Transition finanziell énnerstëtzzt gi fir se matzehuelen**. En extrem wichtegen Thema, deen a Parteiprogrammer ze fannen ass, ma net an en all a net ausféierlech genuch. Mäer hunn eis als Meco am Kader vun den Tripartitediskussiounen géint eng Präisdeckelung vun den Energie-präisser lassgeleist vum Revenu a vum Verbrauch ausgeschwat gehat. Dat belaascht de Staatsbudget mat zeg Milliounen oder méi, déi op anere Plazzen net do sinn. Et gëtt kee reelle Grond fir grouss Revenuen a grouss Verbraucher esou ze énnerstëzzen. Mäer brauchen do Präiswourecht. A ville Walprogrammer geet awer dervu riets et géif een sech weider fir niddreg Energiepräisser fir jiddwereen asetzen. Dat ass net sozialgerecht. **Mir brauchen e grondsätzlechen Diskurs driwwer, wéi Verdeelungsgerechtegkeit an eng sozial selektiv Ënnerstëtzung vu Leit mat manner Finanzmëttle ka séhergestallt ginn**. Dës Froe sinn eminent mat der ekologescher Transition verbonnen.

Eng interessant Informatioun an deem Kontext: Wësst dir, datt mir als Lëtzebuerger zu den 10% räichsten, scheinbar zu den 1% räichsten op déser Welt gehéieren! Da misste mäer e Méi u Verdeelungsgerechtegkeit bei eis, am Kontext vun der Grouss-reioun an och an engem globale Kontext eigentlech packen.

10.

Loosst mech awer och nach eppes zum **Fräiheetsbegréff** soen, deen esou enk mat der Akzeptanzfro verbonnen ass. D'Fräiheit vun de nächste Generatiounen wäert och wa mäer elo konsequent handelen duerch onvermeidbar Folge vun der Klimakatastroph – déi grouss Hëtzen, Waasserproblemer, d'Flüchtlingszuelen a villem méi - staark agegrenzt ginn. Dat steet elo scho fest. Déi Agréffer wäerte wesentlech méi substantiell sinn, wéi dat wat elo alt gären als Fräiheit thematisiert gëtt. Fräiheit ob de Choix vun engem Motor vun engem Auto? D'Festhalen un enger Gas- oder Masuttsheizung amplaz enger energieeffizienter Technologie? Geet et! Wou ass do eng Relatioun?

Eigentlech ass et scho bal zynesch an esou Kontexter vu Fräiheit ze schwätzen, wann ee weess wat alles fir d'Fräiheit vun de kommen-de Generatiounen um Spill steet.

11.

Ech kommen zum Schluss op mäin Ausgangsztat zeréck. **Et soll eise Kanner eng Kéier besser goen...**

Eng däitsch Ëmfro bei méi 70.000 Jonke weist, datt déi Jonk am Ablack genau de Contraire mengen. Sie huet erginn, datt just nach 22% vun hinne mengen, datt si e bessert Liewe kréie wéi hier Elteren. De Soziolog Harmut Rosa beschreift fir déi Jonk d'Gefill wéi follegt:

„Man hat nicht mehr das Gefühl, wir laufen nach vorn und auf einen Horizont zu, und es macht Spass, zu kämpfen, sich anzustrengen, um etwas zu schaffen. Jetzt müssen wir immer schneller laufen, bloss um nicht abzurutschen. Wir laufen gegen einen Abgrund an, der immer näher auf uns zukommt. Jetzt heisst es in der Regierung: wir müssen es schaffen, aus der Krise „herauszuwachsen“. Aber wir wissen: Wenn wir genau das schaffen, werden wir die ökologische Krise verschlimmern... Die neue Zeit ist negativ und nicht positiv... Es geht für alle Seiten um die Verhinderung des Schlimmsten“.

Eng Analyse déi immens betraffe mescht!

Kommt mir leeschten eise Bäitrag a schaffen drun, datt dat haut net méi zäitgeméisst Zil vum Wuessstem an déi do negativ Zukunftsbillen ofgeléist ginn duerch nei gemeinsam kulturell Wärter, nei gemeinsam Zieler déi eis Gesellschaft an all hirer Villfalt zesummenhält. **Déi ekologesch Transition ass virun allem eng kulturell Transition.**

Mäer hunn, esou eis Iwwerzeegung, déi historesch Flicht an awer och déi historesch Chance dat iwwerhuelt Kulturbild vum Wuessstem mat neie Wärter, neie Visiounen, neie positiven Zukunftsper-spektiven ze fëllen. E Kulturbild, wou net eis mënschlech Liewens-zäit an unheefe vu materielle Gidder gestach gëtt, ma a Mateneen, Konscht, Soziales, ...

Der Sterilitéit vu Bëtong, d'Villfallt vum Gréngs an eisen Uertschaften entgéint stellen. Der globaliséierter Landwirtschaftspolitik en zeréck zur Regioun, mat engem absolute Fokus um bio. Virwëtz, Staunen, Ehrfurcht virun der Schéinheet vun der Natur... Mir sinn der Iwwerzeegung, datt et gesellschaftlech Majoritéiten derfir gëtt.

Wéi sot de Soziolog Adorno: „och an historesche Situatione vum „Liewen am Falschen“ gëtt et d'Visioun vum „Gudden dat aus dem Falschen“ entsteet.

Loosst eis dat positiivt Bild erstellen, dru matwierken, a Politiker:innen wielen a stäärken, déi d'Erausfuerderung verstanen hunn, „Haltung“ weisen, bereet sinn ze soen datt mir muar net méi liewe kenne wéi haut, an awer besser liewe können. Am Interessi vun der Beräicherung vum gudde Liewe fir eis all, ma och well et iwwerliewenswichteg ass fir déi nächst Generatiounen.

23.09.2023

**D'RIED AN OCH ENG SATIRESCH INTERVENTIOUN
VUM ROLL GELHAUSEN FANNT DIR OCH ALS VIDEO
OP WWW.MECO.LU.**



**mouvement
écologique**

Herausgeber

MOUVEMENT ECOLOGIQUE ASBL
6, rue Vauban - L - 2663 Létzebuerg
Tel. 43 90 30-1 · E-Mail: meco@oeko.lu

Öffnungszeiten

Montags bis Donnerstags 8-12 a 14-17 Uhr
Freitags 8-12 Uhr, Nachmittags geschlossen.

www.meco.lu

Copyright © Mouvement Ecologique asbl

*Veröffentlichung, auch in Auszügen, nur mit Angabe
der Quelle sowie dem Hinweis auf die Internetseite www.meco.lu*

**Unterstützen Sie den Mouvement Ecologique
durch Ihre Mitgliedschaft:**

Beitrittsformular auf www.meco.lu

*Printing: ossa, Niederanven
September 2023*



Index

Die Wahlprogramme der Parteien , die Grundlage für die vorliegende Kurzanalyse darstellen, sind auf folgenden Internet-Seiten einzusehen:

LSAP: https://lsap.lu/wp-content/uploads/2023/07/LSAP_programm2023.pdf

DP: <https://www.dp.lu/eise-walprogramm-fir-dchamberwahlen-2023/>

Déi Gréng: https://grenglokal.lu/content/uploads/sites/51/2023/08/20230822_WalprogrammV_A4_web.pdf

CSV: https://walen2023.csv.lu/wp-content/uploads/sites/60/2023/08/Walprogramm_Chamberwalen_2023.pdf

Déi Lénk: https://dei-lenk.lu/wp-content/uploads/2023/07/dei-Lenk_Programme-electoral-2023.pdf

ADR: <https://adr.lu/nationalwahlen-2023/>

Piraten: <https://piraten.lu/programm/>

Fokus: https://www.fokus.lu/wp-content/uploads/docs/programm_nat23_LU.pdf